

Kritische  
Studierendenzeitschrift  
an der Uni Hamburg



**new critique**

Zeitschrift für & wider

# Endlich wieder Krieg ?

Zur Kritik an Imperialismus  
und Antiimperialismus

Diplomatie und Kriegsdrohung  
– ein Gegensatz?

Imperialismus: Warum  
sollten wir dagegen sein?

Antiimperialismus zwischen  
Reaktion und Revolution

Gegen die Solidarität





## 2 Editorial

---

### Schwerpunkt

---

- 4 Diplomatie und Kriegsdrohung  
– ein Gegensatz?
  - 8 Imperialismus: Warum  
sollten wir dagegen sein?
  - 10 Antiimperialismus – zwischen  
Reaktion und Revolution
  - 18 Gegen die Solidarität
- 
- 22 Schnipsel aus dem Unibetrieb
  - 24 Vorstellung Studentische  
Selbstverwaltung
  - 28 Islamistische Machtdemonstrationen  
gegen Linke an der Uni Hamburg
  - 30 Islamisches Zentrum schließen!
  - 32 Replik: Die Uni  
dem Kapital ‚entreißen‘?
  - 36 Kolumne: Arbeit & Kultur

# Editorial

## Liebe Leser:innen,

dies ist die dritte Ausgabe des kritischen Studierendenmagazins **New Critique – Zeitschrift für und wider**. Für eine konsequente Kritik des Bestehenden, wider den reaktionären Schwachsinn.

Nachdem in den ersten Ausgaben die Rolle der Universität im Kapitalismus beleuchtet wurde und wir das Verhältnis von Psyche und Gesellschaft analysiert haben, beschäftigt sich diese Ausgabe mit Kritik an Imperialismus und Antiimperialismus.

Zum Redaktionsschluss blicken wir auf knapp ein Jahr Ukrainekrieg zurück, in dem Tausende Menschen umgebracht und noch viel mehr verletzt wurden oder flüchten mussten. Die persönlichen Geschichten des Leids im Krieg haben wir alle in den Medien verfolgt. Wir versuchen, diesem ungeheuren Leid gerecht zu werden, indem wir analytisch über es hinausblicken. Das geschieht in den versammelten Texten einerseits, indem theoretisch die Ursachen von Kriegen aufgezeigt werden. Andererseits kritisieren die Texte verschiedene ideologische Auffassungen über Kriege und Imperialismus.

Die ersten vier Artikel fallen demnach in den **Schwerpunkt: „Endlich wieder Krieg? Zur Kritik an Imperialismus und Antiimperialismus“**.

Den Anfang macht der Text **Wer redet, der schießt nicht**. Die Gruppen gegen Kapital und Nation finden die Gründe für Krieg im kapitalistischen Frieden, der die Nationen bereits in einen Antagonismus zueinander setzt.

Anlässlich der Frage **Imperialismus: Was ist das und warum sollten wir dagegen sein?** kritisierte Chris Cutrone von der Platypus Affiliated Society bereits vor über 15 Jahren einige Fehler des linken Antiimperialismus. Er wies auf einen ressentimentartigen Antiamerikanismus, Sympathien zu Islamisten und Ignoranz gegenüber der tatsächlichen Lage in den Kriegsgebieten hin.

**Zwischen Reaktion und Revolution** verorten unsere Autor:innen den linken Antiimperialismus. Sie zeigen auf, dass der bisherige Antiimperialismus den Kapitalismus nicht verstanden hat und deswegen in Teilen antisemitisch war. Wenn die Linke die Kämpfe unserer Zeit begreifen will, braucht es eine theoretische und praktische Neuaufgabe des Antiimperialismus.

**Gegen die Solidarität** ist ein Einspruch gegen die Gewohnheit, in Kriegsfragen unbedingt einer Seite die Daumen drücken zu wollen. Es geht darum, warum das Fordern von Frieden dämlich und die tatsächliche Befassung mit den Kriegsgründen angebracht ist.

**Außerhalb des Titelthemas** dokumentiert die neue Rubrik **Schnipsel aus dem Unibetrieb** den täglichen Wahnsinn an der Uni. Dieses Mal geht es um antiamerikanische Studierende und die Eingemeindung von Gesellschaftskritik ins Curriculum.

Danach findet ihr eine Übersicht über **Studentische Selbstverwaltung an der Uni Hamburg**, damit ihr wisst, wie ihr euch einbringen und an wen ihr euch für eure Anliegen wenden könnt.

Darauf folgt ein Bericht über **Islamistische Machtdemonstrationen gegen Linke an der Uni Hamburg**, der die Ereignisse rund um einen Vortrag am Campus im November schildert. Eine Aufforderung an Linke, sich Islamisten in Hamburg entschlossen entgegenzustellen.

**Islamisches Zentrum schließen!** lautet eine zentrale Forderung der iranischen Proteste in Hamburg. Der Verein Säkularer Islam und die International Women in Power sehen eine europaweite Gefahr in der Blauen Moschee als Terror- und Spionagezentrum.

Auch in diesem Heft wird die Rolle der Uni im Kapitalismus weiterdiskutiert. Auf den Text „Die Universität des Kapitals“ aus **NC #1** hatten in **NC #2** die Marxistischen Studierenden Hamburg kritisch geantwortet. In **Die Uni dem Kapital 'entreißen'?** liefert nun Heiko Vollmann eine Anti-Kritik zur Replik und wirft den MSH Arbeiterbewegungspathos sowie etliche falsche Urteile über das Verhältnis von Theorie und Praxis vor.

In der Kolumne **Arbeit & Kultur** findet sich eine Rezension zu Annika Brockschmidts Buch **Amerikas Gotteskrieger – Wie die Religiöse Rechte die Demokratie gefährdet**. Dem Werk entgehe, dass Liberale und Rechte gemeinsam von Ökonomie schweigen, um vom Kulturkampf zu profitieren.

Außerdem befindet sich im Heft ein **Poster**, das von Isabell Alexandra Meldner und Hanne Jannasch für ihre Ausstellung „Sitting Somewhere“ entworfen wurde. Du findest die beiden auf Instagram unter @isabellalexandra.m und @hannejannasch. Der abgebildete „Monobloc“-Stuhl – das global meistverkaufte Möbelstück aller Zeiten – schien uns den kapitalistischen Weltmarkt gut zu symbolisieren, welcher mit seinen Antagonismen und seinem Bedarf nach staatlicher Gewalt Grundlage für Imperialismus und Krieg darstellt.

Wenn Du Printausgaben bestellen möchtest, dann schreibe uns gerne eine Mail an: [new.critique@asta.uni-hamburg.de](mailto:new.critique@asta.uni-hamburg.de) Kontaktiert uns auch gerne per Mail oder Social Media, wenn ihr Fragen, Kritik oder Anregungen an uns richten wollt! Wir laden dazu ein, mit uns über unsere Artikel zu diskutieren oder zu streiten und drucken auch Leserbriefe und Repliken ab. Außerdem könnt ihr uns gerne für eine Veranstaltung zu unseren Inhalten einladen.

Zuletzt noch ein Hinweis in eigener Sache: Die Redaktion versteht sich als heterogene Gruppe, deren politische Standpunkte bezüglich ihrer Gesellschaftskritik variieren. Auch stammen einige Artikel dieser Ausgabe von externen Autor:innen mit denen es sich ähnlich verhält. Kein Artikel stellt demnach die Meinung der gesamten Redaktion dar. Einige Autor:innen sind Mitglieder des AstA der Uni Hamburg, andere nicht. Die Inhalte dieser Zeitschrift repräsentieren im Zweifelsfall nicht die Position des AstAs der Uni Hamburg.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Dir

die Redaktion der New Critique – Zeitschrift für und wider

## New Critique



E-Mail: [new.critique@asta.uni-hamburg.de](mailto:new.critique@asta.uni-hamburg.de)

Instagram: [instagram.com/nc\\_uhh](https://www.instagram.com/nc_uhh)

Facebook: [facebook.com/NCUniHamburg](https://www.facebook.com/NCUniHamburg)

Twitter: [twitter.com/nc\\_uhh](https://twitter.com/nc_uhh)

YouTube: [New Critique](https://www.youtube.com/New Critique)



# »Wer redet, der schießt nicht«

– ist Diplomatie und  
Kriegsdrohung  
eigentlich ein Gegensatz?

**Anmerkung der NC-Redaktion:** Dieser Text erschien zuerst am 14.07.2022 in der Broschüre „Si vis pacem para bellum – Wer Frieden will rüste sich zum Krieg“ der „Gruppen gegen Kapital und Nation“, die verschiedene Texte zum Ukraine-Krieg enthält. Die vollständige Broschüre ist online abrufbar, die einzelnen Texte können auch als Audio gehört werden: <https://gegen-kapital-und-nation.org/page/broschuere-zum-krieg-in-der-ukraine-text-und-audio/>

Der vorliegende Text erschien uns in zweierlei Hinsicht einen Nachdruck in unserer aktuellen Ausgabe wert.

Zum einen – dies kommt in Themenstellung und Titel schon zum Ausdruck – kritisiert der Artikel gekonnt eine Vorstellung, die im bürgerlichen Mainstream fest verwurzelt ist und eine der Grundlügen der Friedensbewegung darstellt: Frieden und Krieg, Diplomatie und Waffengewalt seien angeblich „aus verschiedenem Stoff“ (wie Brecht diese Ideologie paraphrasierte). Der Text stellt im Gegensatz dazu dar, wie die Gründe für den Krieg im kapitalistischen Frieden entstehen, wie Diplomatie und Waffengewalt zwei Aggregatzustände derselben staatlichen Gegensätze sind.

Zweitens skizziert der Text dabei – en passant – einen grundlegenden Begriff von Imperialismus: Der Zusammenhang von kapitalistischem, grenzüberschreitendem Geschäftsverkehr und staatlicher Gewalt bis hin zum Krieg wird entwickelt. Der Text setzt damit einen Kontrapunkt gegen die bürgerliche Vorstellung eines „ewigen Friedens“, den die fortschreitende internationale „Verflechtung“ durch Handel irgendwann angeblich herbeiführe – eine Ideologie, die man nicht bloß bei Kant, sondern auch von liberalen Kommiliton:innen im Studierendenparlament vorgetragen finden kann.

*von den Gruppen  
gegen Kapital und Nation*

*»Gestern hat deswegen zum ersten Mal seit Langem – auch das ist keine Selbstverständlichkeit – wieder ein physisches Beratertreffen im Normandie-Format stattgefunden. Wir haben dort über acht Stunden lang verhandelt. Ob dabei etwas rauskommt, wissen wir nicht. Niemand kann das in dieser Zeit mit hundertprozentiger Sicherheit sagen. Aber: Wer redet, der schießt nicht.«*

(Bundesaußenministerin Annalena Baerbock  
am 27.01.2022 im Bundestag)<sup>1</sup>

Baerbock behauptet hier, dass Krieg und Verhandeln ein Gegensatz sei. Und in der Friedensbewegung ist diese Vorstellung der zentrale Fehler. Ein falscher Gegensatz, der in das Selbstverständnis-Bild der Europäer\*innen als Friedensstifter im Gegensatz zu den USA als Cowboys eingeflossen ist. Wer sich die Geschichte moderner Kriege anguckt, dem müsste dagegen Folgendes auffallen:

## **Die Rolle der Gewalt für die Diplomatie im Frieden**

Vor dem Krieg gibt es immer einen Zustand des Friedens, und der hat eine Beziehung zwischen Staaten zum Inhalt. Frieden ist also nicht einfach ein leeres Blatt Papier, das sich nur durch die Abwesenheit von Bombenabwürfen auszeichnet. Gewaltmonopole, bis an die Zähne bewaffnet, stehen sich hier gegenüber. Sie gehen wirtschaftliche Beziehungen ein, damit die Nationen sich jeweils aneinander bereichern können. Dafür machen die Staaten internationale Verträge. Schon hier fällt die erste elementare Rolle der Gewalt für den Frieden an: Zwischenstaatliche Verträge unterstellen, dass sich die Staaten wechselseitig als Gewaltmonopol über dessen Land und Leute anerkennen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, wie zahllose Gebietsansprüche in der Staatenwelt bezeugen; und insbesondere, wenn nationale Befreiungsbewegungen sich einen neuen Staat erkämpfen, ist es immer die Frage, ob ausländische Mächte die neuen Regierungen auch als neue Herren über Land und Leute anerkennen.

Damit die heimischen Kapitale sich am Ausland bereichern können, muss allen elementaren Bedingungen des Geldverdienens im Inneren einer Gesellschaft auch nach außen hin Geltung verschafft werden: das Eigentums- und Vertragsrecht und die Möglichkeit dieses irgendwo vor Gericht durchzusetzen. Wenn ein deutsches und ein französisches Unternehmen einen Vertrag abschließen, dann müssen der deutsche und der französische Staat in einem zwischenstaatlichen Vertrag regeln, wo die Unternehmen ihr privates Eigentumsrecht und die Vertragserfüllung zwischen den Unternehmen erzwingen können. Alle Verträge zwischen den Unternehmen (oder sonstigen privaten ökonomischen Akteuren) unterstellen, dass ihre Staatsgewalten bereits in gesonderten Staats-Verträgen geregelt haben, wie das abzufließen hat. In diesen Verträgen sind weiter Zölle, Produkt Richtlinien, Dienstleistungsvorschriften, Sozial- und Umweltstandards usw. enthalten. Dies sind weitere Hebel, um

dem nationalen Kapital Zugriff auf den ausländischen Markt und zugleich einen gewissen Schutz vor der ausländischen Konkurrenz zu geben. Weil alle erfolgreichen kapitalistischen Staaten das Gleiche wollen – ihre Kapitalisten sollen sich an der anderen Nation bereichern – stehen sie bei aller vertraglicher »Kooperation« ständig im Gegensatz.<sup>2</sup> Mit anderen, nicht so erfolgreichen Staaten werden Verträge gemacht, die für eine billige und zuverlässige Rohstoffzufuhr für die kapitalistische Akkumulation in den Zentren sorgen sollen. Hier sichern die zwischenstaatlichen Verträge häufig nicht das Geschäft von privaten Kapitalisten aus den beiden Ländern ab, sondern das Geschäft zwischen privaten Energiemultis und dem Rohstoff-Staat selbst, der ihnen Flächen gegen Pacht zur Verfügung stellt.

Wenn zwei Bürger eines Staates einen Vertrag abschließen, dann ist der Staat, der über sie herrscht, die Instanz, die den Vertrag letztlich mit Gewalt sichert. In den internationalen Beziehungen dagegen sind die Staaten als Vertragspartner zugleich die Instanzen, die für die Durchsetzung der Verträge gegen den staatlichen Vertragspartner sorgen. Den Respekt bei dem »Partner« müssen sie sich selbst schaffen – letztlich mit der Gewalt, die sich gegen die andere staatliche Gewalt messen lassen kann. Das ist die zweite elementare Leistung der Gewalt im Frieden.

Für bessere Konditionen für das eigene nationale Interesse machen sich die Staaten Angebote und/oder erpressen sich wechselseitig. Auch wenn diese Erpressung vielleicht erstmal nur mit wirtschaftlichen Mitteln (d. h. drohende Handelsvertragsveränderung) passiert, steht das militärische Potenzial allemal mit hinter der Verhandlungsmacht. Schließlich droht dann ein Gewaltmonopol einem anderen Gewaltmonopol eine Schädigung an – und das muss man sich leisten können. Soll ein anderer Staat sogar mit einem Embargo zur Vernunft gebracht werden, muss der eine Staat sogar allen anderen Staaten in der Welt glaubwürdig machen, dass sich ein Mitmachen des Embargos empfiehlt (siehe z. B. die Forderung der USA an China, die Geschäfte mit Nordkorea einzustellen). Auch hier spielt die Gewalt, die ein Staat als Drohung anderen Staaten gegenüber aufbauen kann, seine zentrale Rolle.

Kurzum: Diplomatie ist zwar nicht dasselbe wie Bomben werfen, sie beruht aber auf der glaubwürdigen Drohung, dies jederzeit tun zu können.

**Diplomatie ist zwar nicht dasselbe wie Bomben werfen, sie beruht aber auf der glaubwürdigen Drohung, dies jederzeit tun zu können.**



## Die diplomatische Drohung mit der Gewalt

Dem internationalen Handel wird allgemein eine friedensstiftende Wirkung nachgesagt. Das stimmt nur sehr bedingt: Wenn die heimischen Kapitalisten sich an Land, Leuten und Geld des fremden Staatswesens bereichern können, dann hat der eine Staat durchaus das Interesse daran, dass der andere Staat als Gewaltmonopol funktioniert. Schließlich soll der mit seiner Gewalthoheit die internationalen Verträge bei sich durchsetzen. Ist das Gewaltmonopol fragil (Stichwort failed state), dann sind die internationalen Abmachungen von vornherein nicht viel wert. Zudem mögen die eigenen Kapitalisten an einer auswärts florierenden Wirtschaft besser verdienen, als einer kaputt gehenden Ökonomie.

Allerdings sind mit dem funktionierenden Handel die gegensätzlichen nationalen Bereicherungsinteressen nicht aus, sondern permanent in der Welt. Und je mehr der Erfolg der nationalen Wirtschaft auf der Benutzung des Auslands beruht, desto mehr definieren die Staaten ihre elementaren Interessen als vom Ausland abhängig. Und das spornt sie an, sich die anderen Länder verlässlich für die eigenen nationalen Interessen unter Kontrolle zu bringen.

Neben die Bedeutung, die die internationalen Verträge für das nationale Kapital haben mögen, tritt die Bedeutung, dass die Verträge den gegenüberliegenden Staat an einen selbst binden und ggf. andere konkurrierende Staaten ausmischen sollen. Erfolgreiche Staaten definieren dann andere Länder oder gleich ganze Regionen als ihre Einflusszone und begutachten kritisch, dass das auch so bleibt. Und weil die militärische Gewalt ihre Bedeutung eben im Frieden hat, wird die Frage, wie sich der gegenüberliegende Staat mit Waffen ausstattet, zu einer entscheidenden Ecke bei der Frage, ob der andere Staat sich den eigenen nationalen Ansprüchen fügt oder sich als sperrig erweist.

Die Staaten ziehen über ihre diversen Verträge, Änderungsanträgen – begleitet von Angeboten und wirtschaftspolitischer Erpressung – und dem jeweiligen Nutzen Bilanz. Sie verdichten ihr Urteil über den Nutzen des fremden Staates für sich in Bilanz-Urteile: Die Beziehungen zu Land xy sind »freundlich«, »unfreundlich«, »kühl«, »eisig« oder am Ende der Skala »feindlich«. Andere Urteile über fremde Staaten sind »Bündnispartner«, »Strategischer Partner« oder »Systemrivale«.

In der Regel berücksichtigen die Staaten bzw. deren Regierungen die dabei vorhandenen wirtschaftlichen und militärischen Machtverhältnisse, welche durch diverse Bündnisse modifiziert werden. Respekt für nationale Anliegen, die andere Staaten berücksichtigen sollen, verlangen sie entlang der relativen Machtverhältnisse. Wer das aus nationalistischer Borniertheit nicht so macht, sieht sich schnell in der Lage, dass ein mächtigerer Staat einen selbst zum Feind erklärt. Die Staaten sprechen sich also Rechte in der Welt zu, die mit Ansprüchen anderer Staaten kollidieren; und welche Rechte ein Staat dann tatsächlich auch zum Prüfstein internationaler

Beziehungen macht, basiert auf den zugrundeliegenden Kräfteverhältnissen. So schafft staatliche Macht Rechte in der Welt, und je mächtiger ein Staat vergleichsweise wird, desto mehr Rechte spricht er sich gegen die anderen zu und will, dass die anderen Staaten diese anerkennen.

Da erheben Staaten den Anspruch, über die wirtschaftliche, militärische oder politische Struktur der Nachbarländer mitzuentcheiden und geraten darüber in Konflikt zu anderen Mächten, die dasselbe beanspruchen (etwa der Konflikt zwischen der NATO/EU und Russland hinsichtlich der Ukraine). Als Weltmacht gilt der Anspruch »selbstverständlich« global und dieser Anspruch mag von anderen potenten Staaten nicht anerkannt sein (so erheben Russland und China regelmäßig Einspruch, wenn die USA und seine Verbündeten in der UNO mal wieder das Recht offiziell einfordern, ein unliebsames Regime abzusetzen, wie im Irak, in Syrien oder Libyen geschehen).

Krieg liegt dann in der Luft, wenn ein Staat meint, dass ihm zustehende elementare Rechte ignoriert werden und der andere Staat das Kräfteverhältnis falsch einschätzt. Jeder Staat kalkuliert bei internationalen Beziehungen darauf, dass die gegenüberstehende Seite in der Lage ist, durchzurechnen, wie militärische und wirtschaftliche Macht verteilt sind. Soweit beide Staaten die Einschätzung haben, dass die Kräfteverhältnisse (Überlegenheit, Unterlegenheit etc.) halbwegs korrekt vom Gegenüber gewürdigt werden, wird weiter verhandelt. Wenn ein Staat aber meint, dass die eigentlich dem Kräfteverhältnis angemessene Unterordnung des anderen Staates nicht eingehalten wird, dann wird die Beziehung kühl, eisig und schließlich feindlich. Gerade in diesem Moment werden diplomatische Noten ausgetauscht, was das Zeug hält. Weil: Auf Krieg ist kein Staat einfach so scharf. Der Krieg vernichtet Reichtum – bei sich, wie beim anderen Staat – statt dass sich die eine Nation an der anderen bereichern kann. Eine durch überlegene Stärke gewonnene Unterordnung des Gegenübers durch dessen vorausschauende Einsicht ist viel besser als ein durch Waffengang erzwungenes Verhältnis. Vor dem Krieg steht also die diplomatische Drohung mit dem Krieg an.

**Genau wegen des Wissens des Siegers darum, welche Bedeutung Militärstärke im Frieden hat, wird diese in weiser Voraussicht bei dem Verliererstaat beschränkt**

## Die Diplomatie im Krieg

Kommt es zum Krieg, gibt es dafür irgendeinen konkreten Anlass, der sich auch gerne gesucht wird. Der eigentliche Grund des Krieges liegt aber in all den zusammenaddierten Gegensätzen vor dem Krieg, bei denen der Staat den Eindruck hat, dass der gegenüberliegende Staat das Kräfteverhältnis nicht richtig einschätzt. Er sieht die Position, die er sich in der Staatenhierarchie zuschreibt, nicht ausreichend gewürdigt und macht den Übergang, den anderen Staat, der die Anerkennung der beanspruchten Position nicht nachvollziehen mag, militärisch zu schädigen. Dessen Reichtumsquellen werden angegriffen (Land und Produktionsstätten kaputt gemacht, die Untertanen getötet), und das gegenüberliegende Militär soll dezimiert werden, damit der andere Staat seine unterlegene Position endlich anerkennt. Weil es um letzteres geht und nicht einfach um kriegsgeiles Abschlagen, wird während des Krieges fortlaufend diplomatisch weiter verhandelt im Sinne von »siehst du es jetzt endlich ein?«. Dieses »Es« hat dann immer eine doppelte Bedeutung: Einerseits hat das »Es« konkrete Inhalte, etwa die Anerkennung eines strittigen Grenzverlaufs oder der Verzicht auf die Beschaffung bestimmter Waffen. Zugleich stehen diese konkreten Inhalte für ein abstrakteres Prinzip: »Sieh ein, dass deine Souveränität unterhalb meiner Souveränität liegt.«

## Die Diplomatie am Ende des Krieges

Der Krieg endet dann wiederum mit Diplomatie. Die Waffen schweigen, wenn der Krieg entweder so gewonnen ist, dass die andere Seite in die ursprünglichen oder auch in zusätzliche, während des Krieges gemachte Forderungen einwilligt. Oder aber der andere Staat kapituliert vollständig. So ist das Kräfteverhältnis praktisch neu entschieden, und der Inhalt des Friedens ist dann immer bestimmt durch das Diktat des Siegers. Die Über- und Unterordnungsfrage ist praktisch geklärt. Damit das auch länger so bleibt, sind in den Verträgen am Ende des Krieges in der Regel lauter Abrüstungs- oder Rüstungsbeschränkungsregeln für den Verlierer enthalten. Genau wegen des Wissens des Siegers darum, welche Bedeutung Militärstärke im Frieden hat, wird diese in weiser Voraussicht bei dem Verliererstaat beschränkt (das hat das Deutsche Reich nach dem ersten Weltkrieg und die BRD nach dem zweiten Weltkrieg erfahren).

## Das Gewaltpotential als Kriegsgrund

Wegen des Wissens um die Bedeutung der Gewaltmittel im Frieden drehen sich sehr viele zwischenstaatliche Verträge oder Streitfragen um die Rüstungsbemühungen der Staaten. Fortschritte in eine kriegerische Auseinandersetzung entzündeten sich dann weniger entlang bestimmter wirtschaftspolitischer Fragen, sondern vor allen entlang von Fragen um Kriegsgerät. Nordkorea und Iran wollen das von der USA beanspruchte Recht, in ihren Regionen in Ordnungsfragen entscheidend mitzubestimmen, nicht anerkennen. Damit handeln sie sich die Feindschaft der USA ein und sehen sich einer

permanenten Kriegsdrohung ausgesetzt. Nicht um die USA zu überfallen, wohl aber um einem potentiellen Überfall der USA auf sich selbst eine hohe Schadensbilanz für die US-Streitkräfte entgegenzusetzen, bemühen oder bemühten sie sich um Atomwaffen (aus demselben abschreckenden Grund bemühen sich viele Staaten um Chemiewaffen). Diese Bemühungen sorgen dann für einen neuen konkreten Kriegsgrund, weil die überlegenen Staaten oder die USA eben genau das nicht wollen: ihre Kriegsführungskalkulation mit potentiellen hohen menschlichen und materiellen Opfern zu beschweren.

## Der Frieden ist das Resultat des Krieges

Nach einem Krieg ist wieder Frieden, und die Staaten belämmern sich mit ihren gegensätzlichen Interessen auf Grundlage der neuen Über- und Unterordnung. Auch der Verlierer kann sich was rausnehmen, aber eben nur relativ zu dem neuen Kräfteverhältnis – sonst steht der nächste Waffengang an. Für den Sieger kann der Waffengang ein Mittel des nationalen Bereicherungsinteresses sein – selbst wenn er viel Geld ausgegeben und viele Soldaten verloren hat. Nämlich dann, wenn ihm durch den Krieg eine Machtdemonstration gelungen ist, die den Kriegsgegner, aber auch andere Staaten in – für ihn – bessere Über- und Unterordnungsverhältnisse eingruppiert. Dann lässt sich der Rest der Welt nämlich besser für die nationale Reichtumsvermehrung erschließen und benutzen. Manchmal haben Kriege aber auch ein Unentschieden zum Resultat, d. h. die Staaten einigen sich diplomatisch darauf, dass derzeit keine Seite gewinnen kann. Statt die Vernichtung von Reichtum fortzusetzen – was sich die Staaten auf Dauer nicht leisten wollen, weil andere Staaten wie die Geier auf die Kräfteverzehrung lauern – vereinbart man einen Waffenstillstand ohne eine große Veränderung der vor dem Krieg bestehenden internationalen Verträge. Frieden ist angesagt, weil der Krieg für die Staaten derzeit keinen Sinn macht, und im Frieden wird sich bemüht, mittels neuer Aufrüstung oder Bündnispartner den alten Streit dann doch nochmal irgendwann zu »lösen«. Die Staaten arbeiten dann auf einen Zustand hin, in dem der Krieg wieder Sinn macht, also gewonnen werden kann.

Fazit: An allen Etappen des zwischenstaatlichen Verkehrs zeigt sich, dass Gewalt wie Diplomatie zu jeder Zeit Mittel kapitalistischer Staaten sind und dass beide Mittel zeitgleich zum Einsatz kommen, weil sie notwendig zusammengehören.



- 1 Plenarprotokoll S. 881f.; <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20014.pdf#P.880>
- 2 Über den Zusammenhang der Weltwirtschaftsordnung und dem immensen Waffenhaushalt der Staatenwelt siehe »Was ist Imperialismus?«; <https://gegen-kapital-und-nation.org/was-ist-imperialismus/>

# Imperialismus: Was ist das und warum sollten wir dagegen sein?

Am 30. Januar 2007 veranstaltete Platypus sein erstes öffentliches Forum zum Thema „Imperialism: What is it–Why should we be against it?“ Das Podium bestand aus Vertretern der Gruppen „International Socialist Organization“, „News and Letters“, „The New Students for a Democratic Society (SDS)“, „Open Democracy“ sowie Chris Cutrone von Platypus. Im Folgenden ist die Übersetzung des Eingangsstatement von Chris Cutrone abgedruckt. Das vollständige Video und das editierte Transkript aus der Platypus Review 25 (Juli 2010) sind online unter dem unten genannten Link zu finden.

Chris Cutrone: Platypus ist nach diesem Tier benannt, weil es unverständlich ist und sich einer Klassifizierung widersetzt. Wie unser Namensvetter sind wir der Meinung, dass eine authentische Linke heute von der bestehenden Linken fast nicht erkannt würde oder, wenn sie erkannt würde, nur als lebendes Fossil angesehen würde. Wir konzentrieren uns auf die Geschichte und das Denken der marxistischen Tradition, aber auf eine kritische und undogmatische Art und Weise, die nichts als selbstverständlich voraussetzt. Wir tun dies, weil wir unsere Gegenwart, die Politik von heute, als Folge der Selbstliquidierung der Linken im Laufe von mindestens einer Generation erkennen. Es ist unsere Feststellung und Provokation, dass die Linke, verstanden in ihren besten historischen Traditionen, tot ist. Sie muss sowohl theoretisch als auch praktisch auf den grundlegendsten Ebenen völlig neu formuliert werden.

Die Frage des Imperialismus bietet einen guten Rahmen, um die gegenwärtige internationale Krise der Linken zu untersuchen. Obwohl die Frage des Imperialismus für die Linke schon seit einiger Zeit problematisch ist, hat sie in letzter Zeit besonders groteske Formen angenommen und jegliche Kohärenz verloren, die sie in der Vergangenheit hatte. Heute verrät es symptomatisch den Verlust an emanzipatorischer

*von Chris Cutrone  
- Übersetzung von Marius,  
Platypus Hamburg*



**Anmerkung der NC-Redaktion:** Wir drucken diese über 15 Jahre alten Ausführungen heute ab, da sie einige wichtige Kritikpunkte an antiimperialistischen Auffassungen äußern, die angesichts aktueller linker Diskussionen über Kriege nichts an Richtigkeit verloren haben. Insbesondere der ressentimentartige Antiamerikanismus, die Unterstützung noch der barbarischsten, manchmal islamistischen Oppositionsbewegungen gegen westliche Mächte sowie die Weigerung, sich differenziert mit der tatsächlichen Lage in den Kriegsgebieten zu beschäftigen, sind Fehler der Linken, auf die Chris Cutrone zu Recht hinwies. Wir hoffen, mit der New Critique etwas zum von Cutrone geforderten Projekt der Hinterfragung linker Kategorien sowie der Aufklärung linker Geschichte beizutragen.

Vorstellungskraft in der Linken. Die gegenwärtige Anti-Kriegs-Bewegung setzt ihren Kampf gegen den jüngsten Krieg fort, indem sie das Schema des Vietnamkriegs und der von den USA in Lateinamerika geführten Aufstandsbekämpfung falsch anwendet. Dort kämpften die USA gegen fortschrittliche Akteure des sozialen Wandels. Dasselbe kann man heute nicht mehr sagen. Die Linke verwechselt nicht nur die Vergangenheit mit der Gegenwart, sondern läuft auch dem krassesten Opportunismus der Demokratischen Partei hinterher, für die die Bush-Regierung umso mehr an den Pranger gestellt werden kann, je mehr Tote es im Irak gibt.

Die Linke hat die Verantwortung für eine selbstbewusste Politik der progressiven sozialen Transformation und Emanzipation aus der Hand gegeben. Stattdessen werden die US-Politik und die Realitäten, mit denen sie sich auseinandersetzt, opportunistisch verunglimpft. So drückt sich die Linke davor, ernsthaft über ihre eigene unbequeme Geschichte nachzudenken, über ihre eigene Rolle dabei, wie wir hierher gekommen sind. Die schlimmsten Ausdrücke dafür finden sich im maßlosen Hass auf Bush und in der in einigen linken Kreisen leider weit verbreiteten Vorstellung, die US-Regierung habe die Anschläge vom 11. September inszeniert.

**Die Linke hat die Verantwortung für eine selbstbewusste Politik der progressiven sozialen Transformation und Emanzipation aus der Hand gegeben. Stattdessen werden die US-Politik und die Realitäten, mit denen sie sich auseinandersetzt, opportunistisch verunglimpft.**

Wir von Platypus erkennen an, dass linke Politik heute durch ihre Verzweigung über die begrenzten Möglichkeiten des sozialen Wandels gekennzeichnet ist. Was auch immer an Visionen für einen solchen Wandel in der Gegenwart existiert, entspringt einem verletzten Narzissmus, der von der Art von Abscheu beseelt ist, die Susan Sontag in den 1960er Jahren zum Ausdruck brachte, als sie sagte: „Die weiße Rasse ist das Krebsgeschwür der Menschheitsgeschichte.“<sup>[1]</sup> Der Wunsch nach Veränderung ist reaktionär geworden. Die Linke hat sich in eine Apologetik für die Welt, wie sie ist, für bestehende soziale und politische Bewegungen verwandelt, die nichts mit Emanzipation zu tun haben. So droht die Linke die neue Rechte zu werden. Viele, die sich für links halten, verbrämen islamistische Aufständische als Verfechter der nationalen Selbstbestimmung. Man erinnere sich an Ward Churchill, der die am 11. September getöteten Büroangestellten als „kleine Eichmanns des US-Imperialismus“ bezeichnete, oder an Lynne Stewart, die Bürgerrechtsanwältin, die sagte, dass Scheich Abdul Rahman, der 1993 den ersten Bombenanschlag auf das World Trade Center inszenierte, ein legitimer Freiheitskämpfer sein könnte.

**Die Perspektive, die die Linke einst auf die Frage und das Problem der Freiheit hatte, hat sich in der Gegenwart verschlossen.**

Die Linke hat ihre grundlegende Ausrichtung auf die Freiheit verloren, ein Problem, das mindestens bis in die 1930er Jahre zurückreicht. Die Perspektive, die die Linke einst auf die Frage und das Problem der Freiheit hatte, hat sich in der Gegenwart verschlossen. Infolgedessen hat sich die Linke weitgehend in konkurrierende Rationalisierungen für eine schlechte Realität aufgelöst, die die Linke in ihrer langen Degeneration nicht nur nicht verhindert, sondern sogar mit verursacht hat. Je eher wir die Fäulnis in der Linken eindämmen, desto besser, aber zuerst müssen wir die Tiefe des Problems erkennen. Deshalb widmen wir von Platypus uns der Erforschung der Geschichte des Niedergangs der Linken, damit die Phantasie für soziale Emanzipation wiedergewonnen werden kann. Die Linke kann nur überleben, wenn sie sich selbst überwindet. Die ernsthafte Hinterfragung der in der Linken vorherrschenden politischen Kategorien, nicht zuletzt des Imperialismus, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung einer kohärenten Politik, die die Welt in eine emanzipatorische Richtung verändern kann. Die Feinde des sozialen Fortschritts haben ihre Visionen und verfolgen sie. Einige sind reaktionärer als andere. Die einzige Frage, die sich uns jetzt stellt: Was werden wir auf der Linken tun?



<https://platypus1917.org/2010/07/09/imperialism-what-is-it-why-should-we-be-against-it/>  
<https://platypus1917.org/chapter/hamburg>

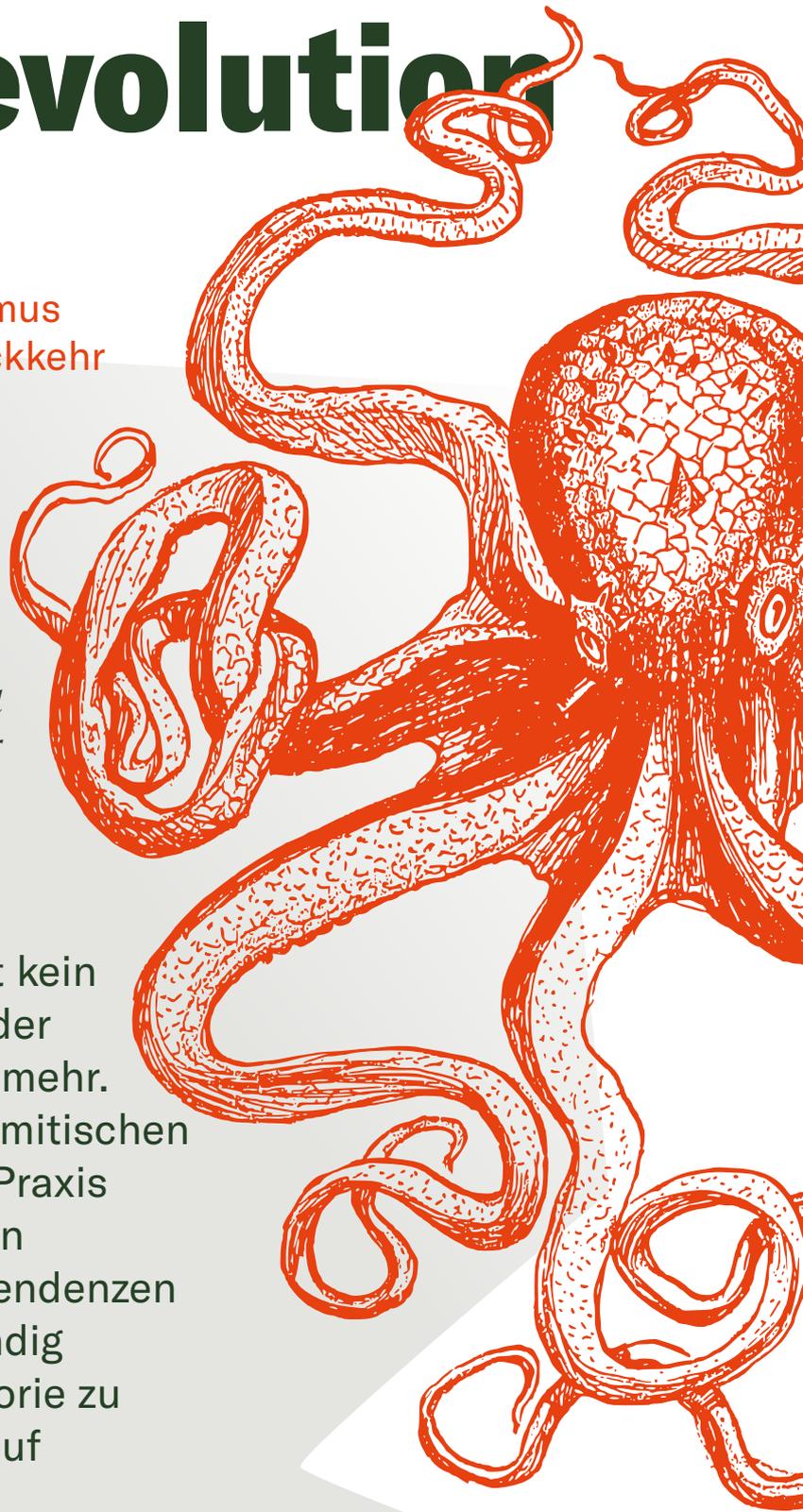
1 Susan Sontag, "What's Happening in America?" in *Styles of Radical Will* (New York: Picador, 2002), 203. Originally published 1966.

# Zwischen Reaktion und Revolution

Das Scheitern des Antimperialismus  
und die Notwendigkeit seiner Rückkehr

*von J.C. Raupe und  
Theo Heidelberger*

Der Antimperialismus ist längst kein relevanter politischer Faktor in der radikalen Linken Deutschlands mehr. Diskreditiert durch seine antisemitischen Seiten, spielt er in Theorie und Praxis kaum noch eine Rolle. Wir zeigen auf, woher seine reaktionären Tendenzen stammen und warum es notwendig ist, die antiimperialistische Theorie zu revolutionieren, um sie zurück auf die politische Bühne zu holen.



In Zeiten von Pandemie, Krieg und Wirtschaftskrise wurde deutlich aufgezeigt, dass der Kapitalismus und seine Folgen global sind – seine Krisen treten in jedem Land auf. Um aktuelle Kämpfe, Krisen und den politischen Gegner begreifen zu können, muss global gedacht und gehandelt werden, wenn es eine Chance auf den politischen Erfolg des Kommunismus geben soll. Aber eine simple Rückkehr zum alten Verständnis von Antiimperialismus wird nur in die alte Falle führen – zu schnell endete diese Theorie in der reaktionären Sackgasse antisemitischer Haltungen. Es muss eine Revision der alten Thesen geben, damit eine kommunistische Antiimperialismus-Theorie des 21. Jahrhunderts entwickelt werden kann. Hierfür wollen wir zuerst klären, was wir unter den Grundbegriffen Antisemitismus und Antiimperialismus verstehen, wir erstellen also kurze Arbeitsdefinitionen. Im zweiten Abschnitt hinterfragen wir den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Antiimperialismus. Wir analysieren, wie sich der antisemitische Antiimperialismus darstellt und wie diese Verbindung von Antisemitismus und Antiimperialismus zustande kam. Zuletzt widmen wir uns der Frage, wie sich aus diesen Erkenntnissen ein neuer Antiimperialismus bilden kann, der einem modernen, emanzipatorischen Anspruch gerecht wird.

Dieser Artikel ist in der Debatte zwischen zwei Genoss:innen entstanden und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir beide hoffen, mit diesen Thesen eine größere Debatte anstoßen zu können.<sup>1</sup>

## Grundbegriffe

Grundsätzlich lässt sich der Antisemitismus als eine ideologische Wahrnehmung gegenüber jüdischem Leben deuten. Antisemitismus behauptet eine vermeintliche jüdische Übermacht, die fest in Medien, Wirtschaft und Politik verwurzelt sei. Dabei handelt es sich bei der Wahrnehmung nicht um bloße Voreingenommenheit, vielmehr bildet sich daraus ein geschlossenes Weltbild.

Dieser Artikel verfolgt die Bestimmung des Antisemitismus unter einem ideologiekritischen Verständnis. Die Unterscheidung verschiedener Formen des Antisemitismus ist somit erstmal nicht zentral und wird höchstens beiläufig behandelt. Als Ideologien werden Welterklärungskonzepte oder Weltanschauungen verstanden, welche versuchen, die Welt im Konkreten zu begreifen und vermeintliche Antworten auf soziale, persönliche, religiöse oder politische Fragen und Probleme zu liefern. Regressive Ideologien dienen zur Rationalisierung von Ausbeutung und Diskriminierung sowie zur Verfestigung des eigenen Konkurrenz-Subjektes in einer wettbewerbsgesteuerten<sup>2</sup> Gesellschaftsordnung.

Der Antisemitismus dient als ideologisches Welterklärungskonzept, bei dem die Komplexität der Moderne und des Kapitalismus heruntergebrochen wird.<sup>3</sup> Dabei sollen die Widersprüche sozialer Fragen erklärt werden und die negativen Begleiterscheinungen der Moderne als „jüdisch“ markiert werden. Antisemit:innen erschaffen ein Bild vom „Jüdischen“

und nutzen dieses als Projektion einer eigens erdachten essentialistischen Basis. Besonders in Krisenzeiten – welche in einer kapitalistischen Wirtschaftsweise Konjunktur<sup>4</sup> haben – dienen Sündenböcke als vereinfachte Erklärung für gesellschaftliche Prozesse. Der zugeschriebenen Gruppe werden negativ-moralisierende Attribute wie „mächtig“ und „böartig“ attestiert, da sonst die Lenkung weltpolitischer Geschehnisse nicht möglich wäre. Dem „Jüdischen“ wird dabei eine vermeintliche Macht zugesprochen, während man sich selbst als Opfer betrachtet.

Diese Zuschreibung hat historische Hintergründe im Antijudaismus des Mittelalters, besonders im Mythos der „jüdischen Weltverschwörung“. Die Artikulationsformen dieses Mythos wurden stetig an aktuelle gesellschaftliche Umstände und Normen angepasst und entwickelten sich so über Jahrhunderte. Antisemitismus ist mit einem Verschwörungsglauben verbunden. Nach Karl Popper sind Verschwörungsideologien ein Produkt der Aufklärung, da der Mensch sich das Wissen über Umwelt und Natur aneignen konnte, jedoch das eigene Unbewusstsein nicht verstand. Anders als Popper jedoch annahm, spielte nicht der Marxismus, sondern der akteurszentrierte Liberalismus des Kapitalismus eine tragende Rolle. Es wurden göttliche Mythen durch menschliche Mythen wie „böartige Männer und Mächte“ ersetzt, anstatt systemorientierte Analysen über soziale Prozesse zu suchen.

**Der Antisemitismus dient als ideologisches Welterklärungskonzept, bei dem die Komplexität der Moderne und des Kapitalismus heruntergebrochen wird. Dabei sollen die Widersprüche sozialer Fragen erklärt werden und die negativen Begleiterscheinungen der Moderne als „jüdisch“ markiert werden.**

Imperialismus ist nicht der moralisch verworfene Charakter, der sich gierig die Welt unter den Nagel reißt, wie es etwa in den antisemitischen Darstellungen der weltumschlingenden Krake suggeriert wird. Vielmehr ist der Imperialismus die logische (und notwendige!) Fortsetzung des Kapitalismus. Kurze Rekapitulation, was Kapitalismus eigentlich bedeutet: Der Kapitalist gewinnt Mehrwert durch die Ausbeutung seiner Arbeiter:innen – den Profit setzt er ein, um daraus mehr Gewinn zu machen und seine Konkurrenten zu übervorteilen. Weil alle theoretisch in der Lage sind, ihre Konkurrenten zu übervorteilen und sie vom Markt zu drängen, sind alle mit Gedeih und Verderb an den Profit gebunden.<sup>5</sup> Aus dieser grundlegenden Notwendigkeit zur Profitschaffung lässt sich weiter die Notwendigkeit staatlicher Herrschaft ableiten. Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist schützt den Ablauf der Marktwirtschaft im eigenen Land, muss dabei Ressourcen sichern und günstige Produktionsbedingungen sicherstellen. Das funktioniert am besten, indem er seinen Markt erweitert. Je reicher und mächtiger ein Land ist, desto höher ist die

Chance, sich in diesem ökonomischen Wettbewerb durchzusetzen – und andere Staaten vom Markt zu drängen oder ihre Ressourcen vergünstigt beziehen zu können. Die Wettbewerbslogik setzt sich also zwingend international durch – und bildet so Herrschaft und Unterdrückung heraus.<sup>6</sup>

Imperialistische Herrschaft reproduziert sich immer selbst. Die herrschenden Staaten beuten Ressourcen in anderen Weltgebieten aus – früher durch die Schaffung von Kolonien, heute werden durch politischen, militärischen und ökonomischen Druck die Interessen der stärkeren Staaten durchgesetzt. Damit können Imperien mehr Profit akkumulieren und (neo-)kolonialisierte Gebiete kleinhalten.<sup>7</sup> Diese können keinen Wohlstand erringen und bleiben abhängig von der Zuwendung von Hilfsgütern (gedankt sei den Spenden an die Hilfswerke). In den abhängigen Gebieten verelenden als Folge die Lohnabhängigen und jene, die nicht einmal mehr das sind – die Surplus-Bevölkerung. Die Infrastruktur und Ökonomie der Länder scheitern daran, auch nur angemessenen Zugang zu Ernährung, Wohnung, Medizin und Bildung herzustellen. Im Gegensatz dazu stehen jene Teile der Bevölkerung, die von der Ausbeutung profitieren und politische und wirtschaftliche Spitzenpositionen einnehmen. Sie setzen in den Ländern ihre Linie durch, um ihre Macht und ihren Einfluss abzusichern – auch gegen Konkurrenten.<sup>8</sup> Diktatur und Krieg hat der Imperialismus häufig im Schlepptau. Anders als im klassischen Imperialismus besitzen die Staaten heute aber ein bestimmtes Maß an Autonomie. Die Zwänge der internationalen Politik grenzen diese Autonomie wiederum ein – es muss sich etwa an internationale Verträge gehalten werden, die sie an die Verpflichtung zu Privateigentum und freier Konkurrenz binden. Sollte sich Widerstand regen, erhalten die Machthaber dieser Staaten auch gern mal militärische Unterstützung zur Wiederherstellung der „freiheitlich-demokratischen Weltordnung“.

Der Zwang, entweder auszubeuten oder ausgebeutet zu werden, lässt Staaten ihre ökonomische, militärische und politische Macht sichern – und das funktioniert am besten, indem man sie ausweitet. Nicht bei jeder militärischen Intervention müssen die Ölressourcen gesucht werden – der reine politische Einfluss in einem Gebiet ist meist Anreiz genug, um die Armeen auszusenden. Je stärker sich etwa eine Krise zuspitzt, desto mehr wollen erfolgreiche imperialistische Staaten ihren Anteil an der Welt sichern – und desto brutaler sind die Folgen für den Rest der Welt. Die Unglückseligen leiden dann an Rassismus, Verelendung, Kriegen und Diktaturen.

**Im Gegensatz zu den liberalen Kritiker:innen der USA, BRD & Co, die ihnen unmoralisches Handeln vorwerfen, wissen die Antiimperialist:innen, dass Herrschaft und Elend den Ursprung im Kapitalismus haben. Nur eine revolutionäre Überwindung des Ganzen wird auch den Imperialismus beenden.**

Antiimperialismus ist die politische Bewegung, die den Anspruch hat, sich gegen diese eben beschriebenen Formen von Unterdrückung, Herrschaft und Ausbeutung zu richten. Er will einen systematischen Bruch herbeiführen – denn im Gegensatz zu den liberalen Kritiker:innen der USA, BRD & Co, die ihnen unmoralisches Handeln vorwerfen, wissen die Antiimperialist:innen, dass Herrschaft und Elend den Ursprung im Kapitalismus haben. Nur eine revolutionäre Überwindung des Ganzen wird auch den Imperialismus beenden. Soweit haben Antiimperialist:innen auch Recht – aber warum ist das historisch so katastrophal an die Wand gefahren?

### **Der Antisemitismus und die Fehler des Antiimperialismus**

Die Frage nach dem Formzusammenhang zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus ist nicht auszublenden. Antiimperialismus als revolutionäre Praxis ist am Scheitern, wenn er nicht gar schon gescheitert ist. Zumindest ist er in seiner jetzigen Form bestenfalls ein antiquiertes Produkt vergangener Kämpfe, im schlimmsten Fall reaktionäre Ideologie, welche die Welt weiter geißelt, anstatt sich um den Anspruch der „Befreiung“ zu bemühen.

Westliche Antiimperialist:innen versuchen sich oberflächlich von den moralisierenden Argumenten liberaler Staatenkritiker:innen abzugrenzen. Aus einer marxistischen Perspektive sollten sie wissen, dass das kapitalistische Wettbewerbssystem eine systematische Zwangslage für die Akteure verschiedener gesellschaftlicher Ebenen darstellt, so auch der geopolitischen. Es handelt sich hierbei häufig jedoch nur um Vulgärkritik und Mitleidsfetisch, der in der Auffassungs- und Analysekraft kaum tiefergehend ist als die liberalen Argumente. Die antiimperialistische Bewegung zeigt hier ihre Unfähigkeit, das abstrakte und widersprüchliche Wettbewerbssystem zu verstehen. Als Folge nimmt ihre Vulgärkritik nicht nur in politischen Äußerungen der Standpunkte eine – wenn auch nicht explizite – Artikulationsform des Antisemitismus an, sondern schon in ihrem theoretischen Konstrukt eines konkret-dualistischen Kapitalismusverständnisses.

Dies ist ein Übertragungsfehler aus der marxistischen Lehre des Klassengegensatzes. Während selbst bei Marx klar wird, dass der Interessenkonflikt der herrschenden Klasse und des Proletariats durch die Charaktermaske einen entpersonalisierten Zwangscharakter des Wertaustausches bekommt, fand schon bei frühen Arbeitskämpfen eine Glorifizierung der Arbeit statt. Anstatt die Arbeit als eine der notwendigsten Waren im Kapitalismus zu begreifen und die Lohnarbeit zu überwinden, wurde im Versuch, den Warenwert der Arbeit zu erhöhen, das Arbeitsverhältnis durch einen identitätsstiftenden Moment naturalisiert. Nebenbei werden andere Konfliktlinien innerhalb der Arbeiterklasse und mögliche Verblendungszusammenhänge ignoriert. Hierbei wurde der moralisierende Dualismus zwischen der „guten/konkreten“ Arbeit und dem „bösen/abstrakten“ Kapital aufgemacht. Das Objekt der Kritik ist in diesem Fall jedoch nicht die

Ausbeutungslogik, sondern die entspringenden Charaktermasken, also Produkte des Kapitalismus. Die Konkurrenz-zustände des Kapitalismus werden – entgegen der Erwartung der Kritik – damit bestätigt, weil sie als naturgegeben wahrgenommen werden.<sup>9</sup>

Dieser Fehler stößt beim Übertragen auf die geopolitische Ebene im antiimperialistischen Denken auf ein weiteres Problem: die Kategoriebestimmung des Antiimperialismus. Statt des ökonomisch begründeten Klassengegensatzes mit dem entspringenden revolutionären Subjekt des Proleten, entsteht in der antiimperialistischen Logik ein neues revolutionäres Subjekt, das der „unterdrückten Völker“. Diese Simplifizierung bestehender Verhältnisse kann als Niederlage des „Kommunistischen Manifestes“ verstanden werden, da hier nun die bürgerliche Hoheit von Volk und Nation gegenüber dem Proletariat als revolutionäres Subjekt zu verstehen sei. Es muss zugestanden werden, dass der Befreiungskampf vieler Staaten eine Notwendigkeit darstellte, um als Subwelt dem Imperium widerstehen zu können und so das Überleben als eigenes Konkurrenz-Subjekt – wenn auch von imperialer Herrschaft betroffen – in der geopolitischen Ordnung des Wettbewerbssystems zu behaupten.

Der Antiimperialismus im Westen verkommt zu einem bürgerlich-romantisierten Kitsch ohne analytische Schlagkraft. Der gleiche Fehler, der bereits bei der Bestimmung des Proletariats gemacht wurde, wird wiederholt, im katastrophalen Ausmaß. Hierbei werden nicht nur die internen ökonomischen Konfliktlinien des vermeintlichen revolutionären Subjektes ignoriert. Die „unterdrückten Völker“ unterliegen einer Homogenisierung zum „einheitlichen Block“ und jegliche anderweitigen staatlichen Interessen werden ausgeblendet. Statt des Fehlers der Glorifizierung der Arbeit als Ware findet hier der Fehler der Glorifizierung des Staates als kapitalistisches Steuerungsprodukt statt. Dass dem Imperialismus der Zwang inhärent ist, auszubeuten oder ausgebeutet zu werden, wird dabei ignoriert und es wird sich nun doch eben auf moralisierende Argumente berufen. Am greifbarsten ist das beim Mitleidsfetisch westlicher antiimperialistischer Gruppen, die statt ökonomischer und systematischer Argumente und Strategien eine pathetische Pseudomilitanz und (in roten Air Max) den „Volkskrieg“ fordern.

Der Formzusammenhang zwischen Antisemitismus und Antiimperialismus kann auch theoretisch aufgerollt werden: Auch wenn sich der Antisemitismus antiimperialistischer Bewegungen moderater zeigt als zum Beispiel der der völkisch-rassistischen Artikulation, so lässt er sich dennoch mit dem moralistischen Dualismus „guter“ und „böser“ Akteure erklären. Laut Postone<sup>10</sup> wird Antisemitismus durch die Verknüpfung der ökonomischen Sphäre mit einem konkretistischen Weltbild produziert. Die Personifizierung und Moralisierung der ökonomischen Ausbeutung sucht immer nach einem Sündenbock für den aktuellen Zustand der Welt. Diese Dichotomie zeigt sich anhand der Forderung nach Siegen des Blocks „unterdrückter Staaten“ gegenüber den



„imperialistischen Staaten“, allen voran den USA. So werden nach wie vor die „jüdisch“ konnotierten Finanzmärkte hinter imperialistischen Aggressionen vermutet, welches im Gegensatz zu den konkreten Produktionskräften in eben jenen „unterdrückten Staaten“ stehe.<sup>11</sup> Klassengegensätze und Staaten als ideeller Gesamtkapitalist kommen in dieser Sichtweise nicht vor. Aufgrund historischer Ressentiments wurden Jüdinnen und Juden als Sündenböcke mit den negativen Erscheinungen des Kapitalismus markiert und die westlichen Antiimperialist:innen identifizieren sich mit den vermeintlichen Opfern eben jenes personifizierten Bösen.

Dass Jüdinnen und Juden als verfolgte Minderheit keinen Schutzstatus in dieser Bewegung finden, ist also Konsequenz und kein Widerspruch. Durch die Konnotation des „Jüdischen“ mit der Macht befänden sich die Antiimperialist:innen im natürlichen Interessengegensatz, auch wenn sie in ihrer Artikulationsform heute bedachter sind und meist antisemitische Codes wie „Zionisten“ verwenden. Der theoretische Hintergrund, dass das „Konkrete“ – ob nun Arbeit oder Volk – dem „Abstrakten“ – Kapital oder Imperium – gegenübersteht, ist auch dem Antiimperialismus inhärent. Das „Jüdische“, ob nun codiert oder nicht, wird hierbei nicht mehr in der naturalisierten Konfliktlinie des Materiellen und Konkreten wahrgenommen, sondern gänzlich auf die Stufe des Abstrakten gebracht. So wird Antisemitismus, falls überhaupt angesprochen, nur als eine Unterart des Rassismus betrachtet. Häufig wird er bagatellisiert und – auch hier wieder – falls überhaupt als Begleiterscheinung anderer Diskriminierungsformen betrachtet. Eine greifbare Verwendung des Begriffs wird aufgrund des theoretischen Unvermögens unterlassen. In der geopolitischen Konstellation ist das besonders an dem Umgang mit Israel zu erkennen.

Israel wird hierbei als Projektionsfläche des gesamten imperialistischen Produktionsbetriebes genutzt. Der Antizionismus ist in diesen Ausmaßen als eine geopolitische Fortführung des Antisemitismus mit anderen Argumenten zu verstehen. So wird lediglich Israel seit dem Sechstagekrieg 1967 eine imperialistische und rassistische Macht attestiert, welche eigentlich jedem – modernen und kapitalistischen – Staat inhärent ist. Gerade weil Israel aufgrund von Größe und Lage kaum allein lebensfähig wäre und aufgrund geostrategischer Interessen Unterstützung der USA bekommt, wird Israel als „imperialistischer Scherge“ wahrgenommen.

## Eine Bewegung, die sich immer nur mit dem Mitleid und dem Verlierer identifiziert, kann unmöglich eine Überwindung des aktuellen gesellschaftlichen Zustandes anstreben. Genauso wenig, wie die moralisch überhöhten Schreiberlinge sektiererischer Kleinstgruppen und Magazine.

Gesamtimperialistische Ressourcen- und Territorialkonflikte nehmen in der westlichen Debatte über den „Nahost-Konflikt“ wie in keinem anderen Konflikt moralisierende, gar pseudo-religiöse Züge an. Die Vernichtung Israels ist für viele islamische Staaten sowie Linke, Rechte, Bürgerliche – und so weiter – ein politisches Ziel, das es im Westen zu propagieren gilt. Israel sei als abstraktes Staatenkonstrukt eine Gefahr für die organisch gewachsene Staatenwelt und verfolge kein strategisches Interesse im Gesamtimperialismus, sondern sei von Natur aus bösartig, lauten dann solche Argumente. Auch wenn sie häufig rhetorisch schöner verpackt werden, als sich dieser Artikel hier die Mühe machen will.

Der „Nahost-Konflikt“ wird nicht in der BRD entschieden, weder in Kneipe, im AZ und schon gar nicht in universitären Räumen. Ein Glück möge man meinen. Und neben der Theorielinie des moralisierenden Dualismus könnte man den Antiiperialist:innen noch etwas anderes vorwerfen: Die Moralisierung der Kritik Israels um die Diskriminierung von Jüdinnen und Juden zu legitimieren. Auch wenn vehement bestritten, findet eine Gleichsetzung des jüdischen Kollektivs mit Israel statt, es gibt hier auch einen Formzusammenhang. Falls antisemitische Ausschweifungen von islamistischer Seite oder anlässlich einer in Israel stattgefundenen Handlung stattfinden, werden viele Handlungen bagatellisiert oder es werden vermeintlich antiimperialistische gegenüber antisemitischen Motiven betont.<sup>12</sup> Dass diese Angriffe überdurchschnittlich häufig Jüdinnen und Juden treffen, wird dabei hingenommen. Gar waren Angriffe auf Synagogen zu den Höhepunkten des deutschen Antiiperialismus keine Seltenheit. Oder man betrachte die „Operation Entebbe“ 1976, eine Flugzeugentführung, bei der die Geiselnnehmer:innen der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“<sup>13</sup> und Vertreter:innen der Revolutionären Zellen<sup>14</sup> unter dem Deckmantel des antiimperialistischen Kampfes zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Zivilist:innen unterschieden. Die deutsche Linke versuchte erst später, ihr Verhältnis demgegenüber zu klären.

Der linke Michel wandte sich nach 1967 von der Solidarität mit Israel ab, weil Israel schließlich der Sieger des Sechstageskrieges war. Der Mitleidsfetisch zeigte in diesem Fall deutlich, dass es nicht um die Überwindung imperialistischer Aggressionen ging, sondern um Solidarität mit dem Verlierer. Eine Bewegung, die sich immer nur mit dem Mitleid und dem

Verlierer identifiziert, kann unmöglich eine Überwindung des aktuellen gesellschaftlichen Zustandes anstreben. Genauso wenig, wie die moralisch überhöhten Schreiberlinge sektiererischer Kleinstgruppen und Magazine.

Eine negative Theorie des Antiiperialismus würde eventuell diese Rolle erfüllen: den Spagat zwischen geopolitischem Verständnis, Überwindung des Systems und Organisation im Sinne der internationalen Solidarität, unter Einbezug jüdischer Emanzipation. Frei von antiquierten Kämpfen und Glorifizierung der „unterdrückten Völker“ auf der einen und frei von einer Stilisierung des Hegemons im aktuellen gesamtimperialistischen Gebilde zum neuen revolutionären Subjekt.

### Der neue Antiiperialismus zwischen Theorie und Praxis

*„In der Arbeiterbewegung und besonders, wie ich glaube, in der Revolution, gibt es nur eine Probe aufs Exempel – das Beispiel selbst, die Tat.“ – Hermann Gorter (1920)*

Wir stehen vor den Scherben des Antiiperialismus. Statt eine revolutionäre Theorie aufzuweisen, glitt die Bewegung in eine verkitschte Darstellung der „Dritten Welt“ und reaktionärer Ideologie – namentlich des Antisemitismus – ab. Der erste Reflex wäre, die ganze Sache auf den Müllhaufen der gescheiterten linken Befreiungsversuche zu werfen. Wie es Antideutsche in den 1990er Jahren getan haben. Es würde bedeuten, die theoretischen Erkenntnisse unseres Artikels für eine vereinfachte Lösung des Problems zu verwerfen und eine theoretische Analyse des Imperialismus zu unterlassen. Ein solcher Ansatz muss aber für eine Linke notwendig scheitern – die Herrschaft des Kapitals ist global, so muss auch die Theorie und die Praxis gegen sie global sein.

Die Ergebnisse unserer Analyse des Antisemitismus müssen auf die geopolitische Ebene übertragen werden. Die Grundlagen der Staatskritik treffen eben alle Staaten und nicht nur Israel – jeder Staat nutzt alle Chancen, um seinen Einflussbereich auszuweiten. Eine einseitige Fokussierung auf „das moralisch schlechte“ Israel blendet damit eine wesentliche Funktionsweise des Imperialismus grundsätzlich aus. Die Grundlage der globalen Unterdrückung wird dann nicht mehr in der Funktionsweise des Kapitalismus gefunden, sondern im „Juden“, der heimlich die Stricke im Hintergrund zieht.

Zweitens muss von einer Identifikation mit den unterdrückten Völkern Abstand genommen werden. Von Vietnam 1968 zu Palästina in den 1970ern und später Kurdistan wurde „das Volk“ als einheitliches Konzept zu einem revolutionären Subjekt erhoben, idealisiert und glorifiziert – eine Kritik an Nation, Staat, Klassengesellschaft und Volk fand nie statt. Stattdessen galt es, „das Volk“ ohne Klassengegensatz als die Guten zu unterstützen, um gegen „die bösen“ imperialistischen Staaten als einheitlichen Block zu siegen. Dieser simple Antagonismus, bereinigt von jeglicher Dialektik – dass etwa aus dem Kampf gegen Unterdrückung neue Formen der Repression entstehen können – fand seinen notwendigen Ausgang nach dem Sechs-Tage-Krieg, als sich die Linke geschlossen gegen die Israelis stellte. Dem Mitleidsfetisch und einer bürgerlichen Verkitschung von Volk und Nation sollte eine kritische Reflexion der Situation entgegengestellt werden.<sup>45</sup> Das schließt internationale Solidarität nicht aus, aber die pathetische Lächerlichkeit, wenn der deutsche Michel ruft: „Heilig sind die Märtyrer“, müsste nun doch endlich mal fallengelassen werden.

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks, gefolgt vom Zusammenbruch der linken Bewegung weltweit, war auch dann ersichtlich, dass der Antiimperialismus in seiner alten Form gescheitert war. Der verkitschte Antiimperialismus mit allem, was bisher kritisiert wurde, war aus der Zeit gefallen und konnte nicht mehr die Antworten auf die neuen Verhältnisse des post-sowjetischen Imperialismus des 21. Jahrhunderts liefern. In der Bundesrepublik lebte er nur noch fort als Karneval der Stalinist:innen oder als theoretischer Strohmann, an dem sich Antideutsche abarbeiteten.<sup>46</sup> Auch in anderen Ländern gelang es nicht, den Antiimperialismus den neuen Erfordernissen einer post-sowjetischen Weltordnung entsprechend zu aktualisieren.

Auch jetzt, in der aktuellen Situation einer völligen Bedeutungslosigkeit der Linken, wird ein konstruktiver Vorschlag für einen neuen Antiimperialismus, ein praktisches Programm zur Revolution, immer ein wenig der Lächerlichkeit preisgegeben.

So sollte in Rückbesinnung darauf, dass der Feind im eigenen Land steht, die politische Rolle Deutschlands im kapitalistischen Weltgefüge analysiert werden. Eine politische Ortsbestimmung sollte grundlegend für die organisatorische Aktivität sein: die Rolle der EU, die BRD als politische Akteurin auf der Weltbühne, die Integration weiterer Teile der Arbeiter:innen, die Militarisierung der Polizei bilden einige Eckpunkte.

Zusammen damit sollten Fragen zu den globalen Verhältnissen gestellt werden, die verknüpft werden müssen mit der Kritik an der BRD. Was bedeutet Globalisierung im 21. Jahrhundert? Wie bilden Klimakollaps, Krieg und Pandemie den historischen Hintergrund des kommenden Klassenkampfes?<sup>47</sup>

*„Schaffen wir zwei, drei, viele Ever Given!“*

## Das Problem der andauernden Krise des Endzeitkapitalismus löst sich nur in der Radikalität von Wort und Tat auf. Und damit meinen wir Radikalität im wahren Sinne: eine Analyse, die das Problem an ihren Wurzeln greift.

Joshua Clover formuliert etwa in seinem Buch zur materialistischen Analyse des Riots Gedanken zur Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft seit 1973: Die ursprüngliche Art der Produktion ist an ihr Ende gekommen. Die Tendenz des Kapitals, lebendige Arbeit (Arbeitskraft) durch tote Arbeit (Maschinen, etc.) zu ersetzen, um die Konkurrenz zu übertrumpfen, hat auch den Nebeneffekt, dass die Profitrate sinkt. Einige Unternehmen verlagern nun ihre Investition in die Zirkulation – also Transport, Logistik oder Dienstleistungen etwa – um dort weiterhin Gewinne machen zu können – müssen aber notwendigerweise scheitern, da Profit eben nur durch die Ausbeutung der Arbeitskraft generiert werden kann.<sup>18</sup> Denn Imperialismus heißt: Die globale Zirkulation der Waren ist der Puls des Kapitals.

Auch Jasper Bernes widmet sich der Frage der Zirkulation in seinem Aufsatz „Logistics, Counterlogistics and the Communist Prospect“. Marx' Argumentation in den „Grundrissen“ folgend, beschreibt er, wie das Kapital beständig versucht, die Strecke zwischen der Produktion der Ware und dem Auftritt der Ware auf dem Markt zu verkürzen. Der physische Raum muss so weit wie möglich überwunden werden, um die Profitgenerierung zu beschleunigen.<sup>19</sup> Die Zirkulation der Waren wird durch technische Innovation und Digitalisierung immer schneller und flexibler. Wurden früher riesige Lagerhallen bestückt, regiert heute die Just-In-Time-Produktion. Geschwindigkeit, Effizienz und Timing spielen eine zentralere Rolle denn je. In der modernen Logistik findet diese Zirkulation ihren Ausdruck.<sup>20</sup> Es ist eine Geschwindigkeitsspirale, aus der das Kapital keinen Ausweg mehr finden kann.<sup>21</sup>

Wer als Erstes nachlässt, gibt beträchtliche Anteile an Gewinn auf und ist verurteilt, in der Konkurrenz unterzugehen. Die Effizienz schlägt alles. Wer sich nicht der logistischen Umstrukturierung anpassen kann, geht unter. Das betrifft nicht nur konkurrierende Unternehmen, sondern auch die Staaten, die sich diesen Bedingungen anpassen müssen und die Märkte und Transportwege aufrechterhalten müssen. Aber vor allem das Klima und die von der Arbeit abhängige Bevölkerung sind die Leidtragenden. Es geht darum, Waren möglichst schnell von einem Ort zu einem anderen zu bringen – es ist selten die ökologischste Route, eher im Gegenteil. Die Arbeiter:innenklasse zersplittert sich. Viele Arbeitsplätze ziehen fort aus einem Land in neue, billigere Gegenden in anderen Ländern, Arbeitsverhältnisse werden prekärer und unsicherer. Weder in den westlichen Staaten noch in den Staaten, die in die globale Peripherie gedrängt worden sind,

gibt es Auswege aus der Prekarität. Die Surplus-Bevölkerung – diejenigen, die Arbeit brauchen und keine finden – wird größer, ohne Aussicht auf einen Arbeitsplatz. Aber die Vernichtung des Raums für das Kapital heißt auch eine Auflösung des Raums für die unteren Klassen. Die Bilder der kollektiven Kämpfe, die über die Bildschirme flackern und den Zorn auf die staatliche Gewalt bezeugen, sind gleich, egal ob sie aus Europa, den Amerikas oder dem Arabischen Frühling stammen. Auch finden sich in allen Protesten Blockaden infrastruktureller Routen wieder. Ist das der kollektive Ansatz, aus dem heraus sich der moderne Antiimperialismus entwickelt? Ein Antiimperialismus, der Klimaschutz und Klassenkampf verbinden kann? Ist der Ort des Antiimperialismus der Hafen?

*„Imagine if our blockaders knew exactly which commodities the containers at particular berths, or on particular ships, contained; imagine if they could learn about the origin and destination of these commodities and calculate the possible effects – functionally and in dollars – of delays or interruptions in particular flows. Possession of such a counterlogistical system, which might be as crude as a written inventory, would allow antagonists to focus their attention where it would be most effective.“<sup>22</sup>*

Die Totalität der Logistik ordnet die herrschenden Verhältnisse – und lässt die Zirkulation zur wichtigsten und verwundbarsten Stelle des Systems werden. Imperialismus heißt: Im Namen des Profits und der Machtsicherung werden Großteile der Bevölkerung ins Elend geworfen und der Klimakollaps wird beschleunigt. Und was heißt nun Antiimperialismus? Das Problem der andauernden Krise des Endzeitkapitalismus löst sich nur in der Radikalität von Wort und Tat auf. Und damit meinen wir Radikalität im wahren Sinne: eine Analyse, die das Problem an ihren Wurzeln greift. In Anbetracht des kommenden Klimakollapses, der ausbrechenden Krisen und des verschärften Klassenkampfes weltweit ist eine anti-imperialistische Theoriebildung absolut notwendig. Sonst drohen die emanzipatorischen Bewegungen für immer zu verschwinden.



- 1 In diesem Sinne sind uns Widerworte, Kritik oder Ergänzungen sehr willkommen. Wendet euch dazu gerne an die Mailadresse der Redaktion: [new.critique@asta.uni-hamburg.de](mailto:new.critique@asta.uni-hamburg.de)
- 2 Nach Marx erschaffe der Kapitalismus nur egoistische Sozialcharakter, die sich in dem kapitalistischen Konkurrenzsystem in erster Linie um sich selbst kümmern. Dies sei die Quintessenz der modernen Warenproduktion: das Recht auf Privateigentum, die Erstarkung des Partikularinteresses. Mehr unter: Muller, Jerry Z. (2010): *Capitalism and the Jews*. Princeton Univ. Press.
- 3 Hier wird sich auf die Antisemitismusdefinition von Salzborn bezogen: Salzborn, Samuel (2014): *Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie*. Baden-Baden: Nomos.
- 4 Durch die kapitalistische Akkumulationsdynamik werden Prozesse der ungleichen Entwicklung durch die Produktionsweisen und Verteilungsfragen, sowie durch instabile Finanzbeziehungen, gefördert. Die Folge sind soziale Spannungen mit anschließender Sozialbefriedung. Mehr unter: Bieling, Hans-Jürgen (2013): *Neogramscianismus*. In: *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*. S. 185-200. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- 5 Wer dazu mehr wissen will (oder eher sollte!): „Kapitalismus. Die Misere hat System“ von den Gruppen gegen Kapital und Nation oder „Kapital und Arbeit“ von Johann Most. Wer direkt an Marx rangehen will, dem raten wir von einer Kapitalektüre gleich zu Beginn (!) ab. Für eine Einführung ist „Lohn, Preis und Profit“ oder „Lohnarbeit und Kapital“ viel geeigneter.
- 6 Lenin lieferte eine rein ökonomische Analyse des Imperialismus, die sicher spannende Punkte hat, aber auch einige Schwächen. So geht er etwa von einem Monopolkapitalismus aus, der sich so direkt nie entwickelt hat. Auch die Verwendung von „Fäulnis“ und „Parasitentum“ als Wertungskategorien stellt die moralische Empörung über die theoretische Analyse.
- 7 Tendenziell haben auch alle Staaten die Möglichkeit, imperialistisch zu handeln, nur haben einige mehr Erfolg und andere weniger. Wird aber die Chance gegeben, greifen alle Staaten zu. Einige nutzen nur ihren Machtvorteil gegenüber ihren nächsten Nachbarn, andere weiten ihre Herrschaft über den ganzen Globus aus.
- 8 Auch deswegen sollte man vorsichtig sein, wenn man „ein unterdrücktes Volk“ in seinem Befreiungskampf heroisiert – der Klassenkampf hat es so an sich, dass er überall auftaucht.
- 9 Kaufmann, George (2016): *Eine Welt voller Flüchtlinge*. Hamburg: Tredition.
- 10 Postone, Moishe (1980): *Anti-Semitism and National Socialism: Notes on the German Reaction to „Holocaust“*. *New German Critique*. 19. S. 97-115.
- 11 Diese Dichotomie sieht man häufig bei dem globalisierungskritischen Auftreten von Gruppen wie „Attac“ oder „Occupy Wallstreet“.
- 12 Etwa wurde ein Brandanschlag auf die Wuppertaler Synagoge anlässlich des Gaza-Krieges 2014 vom Oberlandesgericht Düsseldorf als politisch motiviert gewertet und Antisemitismus als Motivation ausgeschlossen
- 13 Popular Front for the Liberation of Palestine – External Operations, PFLP-EO
- 14 Deutsche anarchistischen Gruppen.
- 15 Die Attraktivität, die Genoss:innen der 1960er und 70er den „exotischen“ Völker beigemessen haben, die nun auch endlich mal richtig Revolution machen, kommt auch aus einem falschen theoretischen Verständnis. Weil das Proletariat vor Ort sich so entschieden integriert gezeigt hat, wurde das revolutionäre Subjekt woanders gesucht. Ohne sich Illusionen machen zu wollen, wie sehr das deutsche Proletariat der 1960er dem kapitalistischen System verbunden war, wurde es sich doch zu einfach gemacht, wenn man zwischen den „guten, revolutionären“ Bauern und Arbeitern im globalen Süden und den „integrierten, korrupten“ westlichen Arbeitern unterschied. Dazu auch: Max Hörügel, *Die frühen Antideutschen und die Arbeiterklasse*, *Platypus Review*.
- 16 Die Antideutschen verkündeten daraufhin, dass vor allem die deutschen Arbeiter essentialistisch reaktionär wären und ein Gerede über Revolution ohnehin sinnlos – wenn nicht sogar grob gefährlich sei. Jeder Versuch, marxistische Theorie wiederaufzulegen, war bereits mit einem Verdacht von Antisemitismus belegt. Eine Diskussion über die internationale Herrschaft des Kapitals war somit verunmöglicht. Wo das Problem in der antideutschen Theorie liegt und warum diese die Antideutschen ohnehin zum Scheitern zwang, zeigen einige kluge Bemerkungen von Hörügel in seinem Artikel.
- 17 Die folgenden Gedanken sind alle stark inspiriert von Joshua Clovers Buch „Riot. Strike. Riot. Die Ära der Aufstände“ und Jasper Bernes Aufsatz „Logistics, Counterlogistics and the Communist Prospect“ (Endnotes 3, online zu finden)
- 18 Siehe dazu: Clover, Joshua: *Riot. Strike. Riot. Die neue Ära der Aufstände*, S. 29-30, 132-136. Clover argumentiert in seinem Buch, dass diese anhaltende lange Krise „die Tonalität der Zeit des Riots“ sei (S. 38). Wir sind uns da unsicher, auch die Streikbewegungen, die sich im Frühjahr/Sommer 2022 weltweit ausbreiten, scheinen ihm da nicht ganz zuzustimmen. Das ist aber ein anderes Thema.
- 19 Marx spricht sogar von der „Vernichtung des Raums durch die Zeit“. Marx, Karl: *Grundrisse* (MEW 42), S. 430-431.
- 20 Spannend ist hier, dass Bernes in seinem Aufsatz auf den militärischen Ursprung der Logistik verweist und damit Logistik als „war by other means“ begreift. Ein Krieg, der – wie immer –, auf dem Rücken der Lohnabhängigen und Surplus-Bevölkerung ausgeführt wird. Er erwähnt hingegen nicht die fatalen Folgen dieser logistischen Kriegslöge für die Umwelt, obwohl die genauso wenig geringzuschätzen sind.
- 21 Darüber hinaus führt eine Beschleunigung der Zirkulation zu einer Situation, in der Krisen leichter entstehen und ausbrechen können.
- 22 Bernes, *Logistics, Counterlogistics and the Communist Prospect*.

*von Frederieke Engelhardt*

# **Kritik der Forderung nach Solidarität mit der Ukraine**



Ein Einspruch gegen die allgemein angewandte Praktik, in Kriegsfragen unbedingt einer Seite die Daumen drücken zu wollen. Ein Hinweis darauf, warum das Fordern von Frieden absolut dämlich und die tatsächliche Befassung mit den Kriegsgründen angebracht ist.

Das Gespräch über den Krieg in der Ukraine ist hierzulande meist deckungsgleich mit der Fragestellung, für wen man zu sein habe. Da greifen zwei Staatsmächte, zur Durchsetzung ihres jeweilig eigenen Interesses gegen das andere, zum Mittel des Krieges, schicken ihre Landsleute bewaffnet in den Kampf und die einzige Frage, die sich gestellt wird, ist: Welcher Seite drücke ich die Daumen? Da ist man, als ferner Beobachter, konfrontiert mit Bildern der Zerstörung von Land und Leuten und anstatt sich der Frage zu widmen „Wozu das Ganze?“ geht man über jeden Kriegsgrund hinweg, um nur unbedingt zu wissen, welcher Partei die ungeteilte moralische Unterstützung gebührt.

Die Antwort auf die Frage der Parteilichkeit ist in diesem Fall ganz klar: die Ukraine, sie ist schließlich Opfer eines Angriffskrieges von Seiten Russlands und tut nichts anderes, als sich zu verteidigen. Und jede Nachfrage nach einem Grund für den Angriff wird darüber als Relativierung jenes Angriffs und Parteilichkeit für Russland bewertet und somit aller weiterer Diskurs konsequent abgewehrt.

Sogar das Vorenthalten der Abgabe einer eigenen Meinung zum Kriegsgeschehen in der Ukraine ist empörend. Man, und damit hat *man* sich als guter Staatsbürger identifiziert, müsse doch geschlossene Haltung gegen die Bedrohung Russlands zeigen, mit allem, was so dazugehört. Dass das Dazugehörige dann schweres Kriegsgefährd und tote Menschen bedeutet, ist bekannt. Da gehen, während der Staat über die Neueinführung der Wehrpflicht diskutiert, um seine Bürger im Kriegsfall gerechter Weise dazu zwingen zu können, sein Interesse mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, Leute gar freiwillig an die Kriegsfront und werden von Staat und Mitbürgern als Verteidiger „des Guten“ gefeiert. Denn so viel steht fest: Russland als Aggressor ist das Böse, was die gute Herrschaft des Westens kaputt machen will. So sehen es nicht nur die Staatsmächte des Westens, sondern so posaunen es auch deren brave Untertanen frei heraus. *Man* ist gegen Russland, weil Russland „ein Aggressor“ ist. Ein Aggressor wogegen eigentlich? Es wird abstrahiert von einem tatsächlichen Krieg von Großmächten mit staatlichen Interessen, mit welchem *man* ohnehin nichts zu tun hat außer dann eben im Kriegsfall als Benutzungsmittel seines Staates vorzukommen, hin zu einem Angriff auf „das Gute“. Da nimmt *man* als Beherrscher glatt den Standpunkt seines Beherrschers ein. Wie dämlich kann *man* sein.

Die ideologische Meisterleistung der treuen Untertanen, dem Staat, der sie beherrscht und benutzt in seinem Konflikt mit einem anderen Staat die Däumchen zu drücken und auf den Straßen für die Aufrüstung seines Verteidigungsbündnisses im Osten auch noch demonstrieren zu gehen, die findet freilich auch bürgerliche Kritiker. Diejenigen nämlich, die da meinen erkannt zu haben, dass mehr Krieg gegen Krieg ja nicht helfen könne. So gehen diese „Radikalen“ auf die Straße, um für „den Frieden“ zu demonstrieren. Doch auch ihre Forderung zeugt von nichts anderem, als dem sehnlichen Wunsch, beherrscht zu werden. *Gerecht* beherrscht zu werden, versteht sich. Denn der Unterschied ihrer Forderung, im Gegensatz zu dem eben besprochenen Standpunkt des treuen Untertanen, besteht darin, die Methode des Staates bei der Verteidigung seines Interesses nicht zu billigen und sich eine andere, eine friedliche eben, herbeizuwünschen. Als sei es Entscheidungsgegenstand der Untertanen, ob ihr Staat sie nun als Mittel zur Durchsetzung seines Interesses benutzt oder nicht. Dies wird auch im Fall Ukraine deutlich, so schreibt das Auswärtige Amt: „Männlichen ukrainischen Staatsbürgern im Alter von 18 bis 60 Jahren ist seit der Generalmobilmachung die Ausreise aus der Ukraine verboten.“ Hier kann man klar erkennen, wie die Untertanen von Staaten in deren Kriegen vorkommen, nämlich als Kriegsmaterial.

Und was tun Leute, die sich das Spektakel aus der Ferne anschauen? In Anbetracht der eigenen Ohnmacht als ferner Beobachter des blutigen Machtkampfes von Staaten, wird sich doch glatt noch ein Staat herbeigesehnt. Einer, der keinen Krieg treiben soll, sondern – was denn? Nett zu seinen Untertanen ist? Das wäre wohl zu viel verlangt. Es ist doch höchst verwunderlich, dass diese Freunde des Friedens erst in Anbetracht eines Krieges ihren Weg in die Straßen finden. Dass tagtäglich Menschen daran kaputt gehen und gar gänzlich scheitern, an die Bedingung der Befriedigung ihrer Bedürfnisse (Geld) zu kommen, dabei verwahrlosen, ohne Behausung leben, in Armut langsam oder schnell dahinkrepieren und in aller Welt massenweise verhungern, kommt ihnen ganz offensichtlich nicht komisch vor. Ganz bestimmt nicht, sonst würden sie nicht nach einem Staat schreien, der eben diese Verhältnisse sichert.



Zwar unterscheidet sich der radikale Friedensfreund von dem, der der NATO die Daumen drückt, aber doch auch nur in der Qualität seines Idealismus. Zugegeben, er fordert kein schweres Geschoss für die Ukraine, er ist schließlich Menschenfreund und Waffen sind bekanntlich dazu da, Menschen zu töten. Doch sein Appell an seinen Staat, bitte bitte im Namen der Menschlichkeit innezuhalten und Frieden einkehren zu lassen, zeugt auch bei ihm von einer absoluten Ignoranz des Zwecks seines Staates und dessen Kriegstreiberei gegenüber. Als Volk wenden sich die Friedensfreunde an ihren Staat und verlangen, dass ihr Interesse beherzigt wird. Als sei der Grund für den Krieg jemals die Kriegsstimmung des Volkes gewesen. Diese findet man, wie bereits besprochen, allseits vor und diese wird auch sicher von Regierung und Medien weiter angeheizt, der Grund für den Krieg ist sie trotzdem nicht.

Wer behauptet, Krieg müsse in dieser Welt nicht sein, der hat sich diese Welt einfach nicht richtig angeschaut. Und wer meint, die Welt sei eine gute, wenn sich doch bloß keine Staaten zur Durchsetzung ihrer Interessen gegeneinander gegenseitig abschlachten würden, der hat eine komische Vorstellung von „gut“, wenn dies dann jedes andere Leid, das es an allen Ecken gibt, miteinschließt. Wenn sich so einer dann auch noch „Menschenfreund“ nennt, dann ist der alles, nur nicht ganz bei Trost.



Hier das Poster  
»Sitting Somewhere«  
herauslösen



**GRUPPEN  
GEGEN KAPITAL  
UND NATION**

DIE MISERE HAT SYSTEM:  
**KAPITALISMUS**

GRUPPEN GEGEN KAPITAL UND NATION

**Die Misere hat System: Kapitalismus**

Ein Buch (260 Seiten) von den Gruppen gegen Kapital und Nation.  
Dritte überarbeitete Auflage.

Zu bestellen gegen Spende (ca. 3 € plus Porto) auf [www.gegner.in](http://www.gegner.in)

Download als PDF oder Ebook umsonst unter:



Für News und Texte folgt uns:

-  @gegner\_in
-  @gegenkapitalundnation



**HUCH**

 HUCH - kritische Studierendenzschrift  @huchzeitschrift  @huchzeitschrift





Die sogenannten 'Monobloc' Stühle sind seit den 70ern durch ihre Erschwinglichkeit weltweit allgegenwärtig und können daher auch als Verweis auf soziale Gleichheit gesehen werden. Sowohl dieser Aspekt als auch ihre Ambivalenz zwischen Assoziationen von Heimat und Unort wurden in der Arbeit "Sitting Somewhere" von Isabell Alexandra Meldner und Hanne Jannasch aufgegriffen. Das fortlaufende Projekt besteht in ortsspezifischen Installationen aus Video, Monoblocs und Fotografien, welche 2022 bisher in Wien und Dresden ausgestellt wurden.



**new critique**  
Zeitschrift für & wider

# Phase 2

Zeitschrift gegen die Realität

[www.phase-zwei.org](http://www.phase-zwei.org)

## GegenArgumente Hamburg

„Im übrigen fängt Kritik nicht damit an, dass sie an sich die kritische Frage stellt, ob sie weitergeht, praktisch und konstruktiv ist. Sie beginnt damit, dass man sich Rechenschaft ablegt darüber, woher all das kommt, was man als Belästigung und Schaden wahrnimmt. Wer auf das bisschen Ursachenforschung verzichtet, vertut sich womöglich im Engagement, sucht sich Ort, Zeit und Adressat wie Gegner seiner Bemühungen verkehrt aus. Dann vergeht das Leben, und man war fürs Klima demonstrieren, hat sich im Gendern perfektioniert und eine Liste fürs StuPa gewählt, während die Klassengesellschaft funktioniert, dass es kracht.“ nach: Die Klassen (II), MSZ – Gegen die Kosten der Freiheit

In diesem Sinne bieten wir mehrmals im Semester Vorträge und einen regelmäßigen Diskussionstermin.

Alle Infos unter: [www.gegenargumente-hamburg.de](http://www.gegenargumente-hamburg.de)

  
**Straßen  
aus  
Zucker**

**DIE ANTIATIONALE BRAVO  
KOSTENLOS BESTELLBAR  
ÜBERALL HIN LIEFERBAR  
LEICHT VERSTÄNDLICH**

**KARIES FÜR DEUTSCHLAND**



Wer behauptet, Krieg müsse in dieser Welt nicht sein, der hat sich diese Welt einfach nicht richtig angeschaut.



# Schnipsel aus dem Unibetrieb

Von E. K.

## A Mind So Open the Brain Fell Out

„Amerika ist kulturlos. Ich empfinde Ekel, wenn ich daran denke.“ Die Studenten der Uni Hamburg sind angetreten, um den Ruf des Lumpenproletariats zu retten. Sie übertreffen die als besonders bigott (weil „bildungsfern“) verschrieenen Schichten in puncto Ignoranz bei weitem. „Ich verbinde vor allem Materialismus und Kapitalismus mit Amerika.“ Glücklicherweise haben es diese Erbsünden noch nicht zu uns geschafft. Hamburg mag das Tor zur Welt sein, aber für amerikanischen Schund bleibt das Tor hoffentlich verriegelt. „Wenn ich an Amerika denke, denke ich an Genozid“, ergänzt eine Kommilitonin. Besonders entrüstet wurde die Stimmung in dieser Seminardiskussion zum Thema Amerika, als es darum ging, wie „schlecht die amerikanische Erinnerungskultur“ im Vergleich zur vorbildlichen deutschen aufgestellt ist. Diese intellektuellen Hamburger des weltoffenen Milieus können auf akademisch hohem Niveau begründen, wieso sie Deutschland dem Rest der Welt so entschieden vorziehen, wie das alle weniger gebildeten Deutschen auch tun. Es ist wegen Auschwitz, äh, wegen des wunderbaren Gedenkens daran natürlich. Die Ressentiments, die die Verbrechen von damals ermöglichten, werden neu aufgewärmt im Namen des ehrenwerten Gedenkens an sie. Das kommt sicherlich nicht nur von Geisteswissenschaftlern, diese werden jedoch speziell ausgebildet für solcherart ideologische Mentalgymnastik. Nicht mit Deutschland, sondern mit Amerika soll man Genozid assoziieren: Dafür wird dieser postkoloniale Nachwuchs der Ideologiefabriken sorgen, wenn er es zu einer Karriere im Meinungsmachen bringt. Das Seminar war voller junger Leute unter 25. Eben jene, über die die Studie „Postmigrantisch II“ 2015 feststellte, dass 77,9 % von ihnen gerne sagen: „Ich liebe Deutschland“. Denn „Junge Nationalisten“ gibt es nicht nur bei der NPD. Sind die Äußerungen anti-amerikanisch, haben sie gar eine antisemitische Schlagseite, Herr Professor? „Das Amerikabild muss man differenzierter sehen.“ Achso.



Die „Schnipsel aus dem Unibetrieb“ sollen in kurzer Form studentische Erfahrungen mit dem bestehenden Unibetrieb gesellschaftskritisch reflektieren. Ob die prekäre soziale Lage des Studierendendaseins, ideologische Lehrinhalte, Ständesdünkel von Professor:innen, Diskussionen im Seminar – Anlässe dies zu tun bietet der Studienalltag viele.

Wenn ihr etwas beitragen möchtet: Uns freuen vor allem Beiträge, die weniger Einzelnes skandalisieren, sondern vielmehr am Einzelnen den Skandal des Ganzen aufzeigen. Schickt uns eure Beitrags-Ideen (bis 2.500 Zeichen) gern an: [new.critique@asta.uni-hamburg.de](mailto:new.critique@asta.uni-hamburg.de)

## Die Literatur ist kein Insekt, der Student vielleicht schon

Terry Eagleton erkannte gesellschaftliche Widersprüche in der Literatur. Studenten sehen in ihr nur sich selbst.

Der Unibetrieb ist dadurch gekennzeichnet, dass alles, was einmal in kritischer Absicht gegen diese Gesellschaft zu Papier gebracht wurde, heute zu ihrer Rechtfertigung benutzt wird. Marx brachte uns die Soziologie und die SPD, Freud lehrte uns #MentalHealthAwareness und Adorno verdanken wir die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Die vehemente Gegnerschaft zur bis heute fort wesenden Gesellschaft, vor der ihre Polemiken sprühen, wird bei einer Seminarlektüre der kanonisierten Texte stillgelegt. Der kritische Erfahrungsgehalt bleibt unverstanden von borniert auf sich selbst fokussierten Studenten, wie sich anhand der Form der Seminare belegen lässt und durch tägliche Erfahrung in der Uni bestätigt wird.

Was passiert denn, wenn man beim Lesen eines Textes bereits auf Diskussionsbeiträge im gesellig-locker-flockigen Seminar schießt? Im Folgenden eine Fallstudie. In seinem Text „What is Literature?“ stellt der Marxist Terry Eagleton fest, dass Literatur zwar in vielen Formen von Sprache gefunden werden kann und unmöglich als etwas Statisches, etwas einem Insekt ähnlichen, definiert werden kann. Stattdessen ist Literatur ein soziales Verhältnis, eine Art und Weise, wie sich Menschen auf Geschriebenes beziehen, die bestimmt ist von Ideologie. Also notwendig falsches Bewusstsein, das Herrschaftsverhältnisse stützt. Nach der Lektüre des Essays kommen heutige Studenten jedoch zu dem Schluss, dass Eagleton damit meint, Literatur könne alles sein und es komme bei ihrer Definition auf den freien Willen und Geschmack des Lesers an. Sie missverstehen, dass Eagleton bloß die Fallstricke aufzeigt, die sich bei einer rigide geschichtslosen, „festen“ Definition ergeben. Sie tragen ihre eigenen postmodernen Bedürfnisse eines losgelassenen Subjektivismus an den Text heran und verfallen einer ideologischen Interpretation, wie sie Eagleton selbst im Text kritisiert.

So ist das Rätsel gelöst, wie es sein kann, dass ein marxistischer Text zum einschlägigen Klassiker für literaturwissenschaftliche Einführungsseminare geworden ist, der von Professorinnen unterschiedlichster politischer Strömungen gerne verwendet wird. Denn sie können mit den falschen Assoziationen der Studenten rechnen. Zensur des Marxismus ist überholt; man muss nur zu seiner Interpretation aufrufen und den Rest erledigt der postmoderne Zeitgeist.



Diese intellektuellen Hamburger des weltoffenen Milieus können auf akademisch hohem Niveau begründen, wieso sie Deutschland dem Rest der Welt so entschieden vorziehen, wie das alle weniger gebildeten Deutschen auch tun.

# Studentische Selbstverwaltung an der Uni Hamburg

## Überblick

Es gibt auf allen organisatorischen Ebenen der Universität die Möglichkeit, mitzumischen. Innerhalb des eigenen Fachs kann man sich im **Fachschaftrats** (FSR) einbringen und dort vor allem bei Fragen mitbestimmen, die das eigene Fach betreffen, aber auch bei vielem darüber hinaus.

Die nächsthöhere Ebene der akademischen Selbstverwaltung ist die Fachbereichsebene, wobei große Fächer einen eigenen Fachbereich bilden. Hier besteht die Möglichkeit, für einen Sitz im **Fachbereichsrats** zu kandidieren, indem man einer bestehenden Liste beitrifft oder eine eigene gründet.

Entscheidungen, die die ganze **Fakultät** betreffen, werden im Fakultätsrat (FakRat) getroffen. Auch hier können Studierende als Listen zur Wahl antreten.

Das höchste Gremium der akademischen Selbstverwaltung ist schließlich der **Akademische Senat** (AS), der Entscheidungen für die gesamte Universität trifft. Auch hier treten Listen zur Wahl an. Es gibt drei studentische Vertreter\*innen.

## Warum Hochschulpolitik?

Die Hochschulpolitik bietet uns Studierenden die Möglichkeit, die studentische Perspektive in die Gremien der akademischen Selbstverwaltung einzubringen, denn wir Studierende haben oft einen anderen Blick auf die Dinge als die Professor\*innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen. Da in den universitären Gremien über Dinge wie die Studienstruktur, Zulassungsbeschränkungen und Prüfungsordnungen entschieden wird, stellt hochschulpolitische Arbeit eine direkte Möglichkeit dar, Einfluss auf die eigenen Studienbedingungen zu nehmen und mitzuentcheiden, wie das Studium an der Uni Hamburg aussehen soll. Sehr viele Veränderungen, wie beispielsweise die Abschaffung der Studiengebühren, gehen auf studentisches Engagement zurück. Daher lohnt es sich auf jeden Fall, aktiv zu werden und sich einzubringen.

## Der Fachschaftratsrat (FSR)

Der **Fachschaftratsrat (FSR)** ist die Vertretung für alle Studierenden eines Fachs und wird ein- bis zweimal im Jahr auf einer studentischen Vollversammlung gewählt. Der FSR ist euer Ansprechpartner, wenn es Fragen zur Studienorganisation, bei der Belegung von Veranstaltungen, bei Ärger mit dem Studienbüro, mit einzelnen Dozent\*innen oder dem Prüfungsausschuss gibt. Oftmals kümmert sich der FSR auch um die Planung und Durchführung der OE und trägt so dafür Sorge, dass sich alle Neankömmlinge in ihrem Fach zurechtfinden und der Einstieg in die Uni möglichst entspannt abläuft. Darüber hinaus organisieren viele FSRe auch fachbezogene Veranstaltungen wie Lese- und Diskussionsabende oder Fachschaftratspartys, oder bringen sich außerhalb der Uni politisch ein, etwa indem sie zu Demos mobilisieren, zu politischen Veranstaltungen einladen oder Initiativen unterstützen.

## Wie erreiche ich meinen FSR?

Jeder FSR hat eine Mailadresse, an die Anfragen gesendet werden können. Die meisten FSRe verfügen auch über ein Büro, eine Internetpräsenz und Sprechstunden. Außerdem tagt der FSR regelmäßig und ist über die selbstverständlich öffentlichen Sitzungen zu erreichen. Die genauen Angaben findet man auf der Homepage des jeweiligen Instituts.

## Wie kann ich mich in den FSR einbringen?

Es gibt jederzeit die Möglichkeit, in die FSR-Arbeit einzusteigen, indem man einfach zu den Sitzungen kommt und mitmacht! Um ein offiziell gewähltes FSR-Mitglied zu werden, muss man allerdings die nächste Vollversammlung abwarten. Bei dieser hat jede\*r die Möglichkeit, sich zur Wahl zu stellen und in den FSR wählen zu lassen. Bei vielen FSRe gibt es nur eine offene Liste, bei der jede\*r mitmachen kann, sodass die Mitarbeit im Fachschaftratsrat ohne große Hürden allen offen steht. Solltest du je doch mal sehr unzufrieden mit der Arbeit deines FSRe sein, besteht auch immer die Möglichkeit, eine eigene Liste aufzustellen.

## Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

Das **Studierendenparlament (StuPa)** kann von allen Studierenden der Uni Hamburg für eine einjährige Legislaturperiode gewählt werden. Das StuPa diskutiert studentische Themen, wählt den **Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA)** und stimmt über den Haushalt ab.

Der AStA vertritt die Interessen der Studierenden gegenüber der Universität, der Öffentlichkeit und der Politik. Darüber hinaus bietet der AStA **kostenfreie Beratungen** an, unterstützt die Studierenden bei Problemen im Studienalltag, setzt eigene politische Schwerpunkte und bietet regelmäßig stattfindende Kulturkurse an.

Im InfoCafé könnt ihr alle weiteren Infos zu den kostenlosen Beratungsangeboten des AStA bekommen oder einfach einen Kaffee trinken.

Der AStA der Uni Hamburg besteht aus verschiedenen Referaten, die sich um wechselnde Themen kümmern, sowie vier teilautonomen Referaten. Jeder AStA kann eigene Schwerpunkte setzen, je nachdem, welche Referate eingerichtet werden.

Dem AStA stehen **zwei Vorsitzende** vor, die die Studierenden sowohl innerhalb der Universität als auch außerhalb davon vertreten. Sie koordinieren die Arbeit des AStA und sind für alle Aktivitäten verantwortlich.

## Finanzreferat

Das Finanzreferat ist Anlaufstelle für alle Fragen rund um die Gelder der Verfassten Studierendenschaft. Alle Studierenden zahlen pro Semester einen Betrag an die VS, welche mit den Geldern politische Arbeit leistet, die Fachschaften finanziert, aber auch Initiativen fördert.

## Referat für Hochschulpolitik

Der oder die Referent\*in arbeitet eng mit den Fachschaften und der Uni zusammen, um gemeinsam mit ihnen bessere Studienbedingungen zu schaffen.

## Referat für Soziales

kümmert sich um die sozialen Fragen und Belange der Studierenden. Themen sind z. B. studentisches Wohnen, finanzielle Situation oder soziale Anbindung. Außerdem betreut das Sozialreferat die AStA-Beratung für euch, um Fragen zur studentischen Teilhabe.

## Antidiskriminierungsreferat

Eine unabhängige Anlaufstelle, bei der du dich im Falle von Diskriminierung im Hochschulkontext gegenüber deiner Person oder gegenüber Dritter melden kannst. Deine Bedürfnisse haben dabei oberste Priorität, das heißt, nur in Absprache mit dir werden wir weitere Maßnahmen einleiten! Sollte es sich bei deinem Anliegen konkret um rechtsspezifische Fragen handeln, bietet der AStA auch Rechtsberatungen zu unterschiedlichen Bereichen an. Wir organisieren als Teil des AStA regelmäßig Veranstaltungen, um Diskriminierung, ob an der Universität oder gesamtgesellschaftlich, einerseits zu thematisieren und sichtbar zu machen. Andererseits wollen wir Möglichkeiten aufzeigen, sich dagegen einzusetzen und arbeiten daher auch mit außeruniversitären Initiativen zusammen.

## Referat für Kultur und politische Bildung

Filmvorführungen, Lesungen, Konzerte, Ausstellungen oder andere Kunstformen im Kulturkursprogramm: Wir versuchen studentische Projekte zu unterstützen und eigene Ideen aus dem AStA umzusetzen. Wir möchten hierüber auch politische Debatten anstoßen. Wenn wir als AStA politische Bildung betreiben, dann reflektieren wir dabei auf die Bedingungen an der Universität im Kapitalismus. In gemeinsamen Diskussionen möchten wir den Ursachen für Ausbeutung, Herrschaft und ideologischen Wahn auf den Grund gehen. Für politische Bildung organisieren wir Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, Workshops, Kongresse, Podiumsdiskussionen oder Ausstellungen und die Veranstaltungsreihe „Schnöde Neue Welt“ sowie die Gesellschaftskritischen Tutorien.

## Referat für Soziale Bewegung

Der AStA kann als eigenständiger sozialpolitischer Akteur in gesellschaftlichen Kämpfen auftreten – aber auch bereits existierende soziale Bewegungen tatkräftig unterstützen. In den letzten Jahren durften wir eine Vielzahl antifaschistischer, antirassistischer und klimapolitischer Organisationen unterstützen.

## Referate für Nachhaltigkeit und zur Verhinderung der Klimakrise

kümmern sich um ökologische Themen innerhalb und außerhalb der Uni und setzen sich für eine nachhaltigere Uni und eine nachhaltigere Gesellschaft ein. Wir werden Strategien entwickeln, um die Lebensmittelverschwendung in den Mensen zu reduzieren, das Angebot von vegetarischen und veganen Speisen zu verbessern und die Subventionierung der Gerichte so umzukrempeln, dass ökologisch nachhaltige Speisen deutlich erschwinglicher werden. Wir planen, den Campus zu begrünen und zu einem Ort zu machen, an dem sich Studierende einer lebendigen Natur erfreuen können.

# Die Teilautonomen Referate des AStA

Die Teilautonomen Referate stellen die Vertretung minorisierter Gruppen dar. Sie werden von jenen Studierenden gewählt, die systematisch diskriminiert werden.

## Das Referat für behinderte und chronisch kranke Studierende (RBCS)

Das RBCS vertritt die Interessen behinderter und chronisch kranker Studierender und berät sie zu studienbezogenen Themen wie barrierefreiem Zugang zum Studium, Nachteilsausgleichen und Alltagsorganisation.

## Das Referat für internationale Studierende (RiS)

Das Referat für internationale Studierende ist der Ort selbstorganisierter solidarischer Interessenvertretung von allen Studierenden mit Migrationshintergrund oder ohne deutschen Pass. Wir setzen uns gemeinsam für Frieden und kulturelle Verständigung ein, kämpfen gegen Diskriminierung und für (soziale) Gleichheit. Dafür machen wir auch Sprechstunden, Treffen und Veranstaltungen.

## QueerReferat

„Queer“ heißt für uns, dass Identitäten dynamisch, fließend und provisorisch sind. Sie sind Momentaufnahmen und können sich verändern. Das QueerReferat ist ein offener Raum für alle sexuellen Orientierungen, Vorlieben und Identitäten. Bei uns findest du vor allem Studierende, die lesbisch, schwul, trans\*, sadomasochistisch... sind oder einfach nicht in solche Schubladen wollen. Es gibt ein umfangreiches Angebot von Brunch über Spieleabende bis zu Filmnächten.

## Das AlleFrauen-Referat

Als AlleFrauen\*Referat vertreten wir die Interessen der sich weiblich definierenden Studierenden und aller Studierenden, denen das weibliche Geschlecht zugeschrieben wird oder wurde. Wir sind eine selbstorganisierte, politische Gruppe und haben uns zum Ziel gesetzt, Umstände von Diskriminierung aufzudecken und daraus Handlungsperspektiven abzuleiten.



Mehr Infos zum AStA sowie unsere E-Mail-Adressen gibt's auf [asta-uhh.de](mailto:asta-uhh.de)

Kommt vorbei!  
Wir sind gegenüber der Blattwerk-Mensa:  
AStA Universität Hamburg,  
Von Melle Park 5, 20146 Hamburg

Im November 2022 haben Islamisten versucht, Linke einzuschüchtern, die am Campus Kritik an den islamischen Dachverbänden in Deutschland übten. Die Ereignisse werden hier dokumentiert.

Die linke Liste „Unicorns“ hatte für den AStA in Kooperation mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft den Blogger „Schmalle und die Welt“ (schmalleunddiwelt.wordpress.com) für den 18.11. zum Vortrag eingeladen. Veranstaltungsort war das linke, studentisch selbstverwaltete Café Knallhart am Campus.

# Islamistische Machtdemonstrationen gegen Linke an der Uni Hamburg

## Vortrag von Schmalle und die Welt

Schmalle sieht sich selbst als linken Antifaschisten, der zu reaktionären Islamverständnissen recherchiert und sie kritisiert. Er präsentiert in seinem Vortrag „Die islamischen Dachverbände und ihr Verhältnis zur Demokratie“ eindeutig bewiesene Fakten, wie etwa die Spionageaffäre der DITIB. Er zeichnet auch die Entstehungsgeschichte der Milli Görüş-Bewegung nach. Außerdem untersucht er Akteure, die etwa der faschistischen Bewegung der Grauen Wölfe angehören. Seine Arbeit ist präzise und wertvoll für linke Gruppen, die sich antifaschistisch engagieren und einen fachlichen Einblick in die Strukturen der großen Islamverbände benötigen. Als Humanist ist Schmalles politisches Ziel eine Gesellschaft jenseits von völkischem, antisemitischen und religiös-identitären Wahn.

Von der deutschnationalen „Islamkritik“ etwa der AfD grenzt er sich immer wieder deutlich ab und zeigt stattdessen Gemeinsamkeiten zwischen den bis ins Faschistische reichenden Ideologien von Rechten und Islamisten auf. Hetze gegen Muslime als solche oder fragwürdige rechte Parolen liegen Schmalle fern, wovon sich jeder auf seinem Blog und bei seinen Vorträgen selbst überzeugen kann.

## Drohung der Schura

Und dennoch drohte Özlem Nas, die „Antirassismusbeauftragte“ und Stellvertretende Vorsitzende der Schura, dem Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg e. V., eine Woche vor der Veranstaltung per E-Mail an die Unileitung, „etwas dagegen unternehmen zu müssen“. Es handele sich um einen „islamfeindlichen Angriff“. Die Drohung war selbstverständlich dazu gedacht, die Veranstalter einzuschüchtern und dazu zu bewegen, den Vortrag abzusagen. Außerdem ging die Drohung nicht von einer harmlosen, friedlich zivilgesellschaftlichen Organisation aus – denn in der Schura war bis vor kurzem noch das Islamische Zentrum Hamburg langjähriges Mitglied. Dieses wiederum ist ein brandgefährlicher Außenposten des iranischen Mullah-Regimes, das Friendly Face of Terror in Hamburg (siehe den Text zum IZH in dieser Ausgabe).

Eine solche Drohung war also durchaus dazu geeignet, die Veranstalter das Schlimmste befürchten zu lassen und zwang sie kurzfristig dazu, mit hohem Aufwand ein Sicherheitskonzept zu erstellen, durch das der Schutz von Referent und Publikum im Gefahrenfall gewährleistet werden kann. Unter diesen Bedingungen konnte der Vortrag stattfinden. Die freie

Rede, auf die Linke angewiesen sind, damit ihre Anliegen nicht völlig untergehen, ist bedeutend eingeschränkt, wenn eine derartige Drohung vorliegt. Es ist daher fatal, dass Frau Nas z. B. von der Evangelischen Studierendengemeinde Hamburg weiterhin zum freundlichen Austausch über Antirassismus eingeladen wird,<sup>1</sup> obwohl sie autoritär gegen studentisches Engagement vorgeht. Das zeigt, dass solche gefährlichen Akteure in Hamburg immer noch nicht diskreditiert sind, sondern sich viel zu selbstbewusst fühlen.

### Auftritt der Hizb ut-Tahrir

Hinzu kam wenige Stunden vor Vortragsbeginn eine weitere islamistische Drohung. Die „Generation Islam“, die der verbotenen islamistischen Gruppe Hizb ut-Tahrir zuzurechnen ist, teilte die Einladung zum Vortrag inklusive Ort und Zeit auf Twitter mit dem Kommentar: „Muslime sollten die Gefahr von links NIE unterschätzen. [...] Linke wollen unsere islamische Überzeugung auslöschen.“ Die Hizb ut-Tahrir fordert das Kalifat und ist stark homophob und queerfeindlich.

Zum Vortrag erschienen dann auch einige junge Männer, die sich an die Tür stellten und laut mindestens drei Augenzeugen den Gruß der neofaschistischen türkischen Grauen Wölfe zeigten. Sie schossen mehrfach Fotos, obwohl dies deutlich untersagt worden war. In der Diskussion äußerten sie in Redebeiträgen unter anderem, dass es nicht islamistisch sei, einen Gottesstaat zu fordern. Sich als Muslim von Islamisten distanzieren zu müssen, sei rassistisch. Hier widersprach eine Frau aus dem Publikum, die sagte, sie habe als Muslimin kein Problem damit, sich von Fundamentalisten abzugrenzen. Auch die radikalen Redebeiträge stellen einen Versuch der Einschüchterung des Publikums und der Veranstalter dar. Es ist aufgrund ihrer eigentümlich identitären Argumentation zu vermuten, dass die Männer Mitglieder der islamistischen Gruppe Hizb ut-Tahrir waren. Sie gaben sich auch betont intellektuell und bemängelten angeblich unzureichende Quellenarbeit Schmalles. Die Hizb ut-Tahrir vertritt eine besondere Ausformung des Islamismus, die größtenteils mit Theorie, Diskussion und Überzeugung arbeitet.

Insbesondere dieses bedrohliche Auftreten in Person bei einer linken Veranstaltung auf dem Campus ist als dreiste Form der islamistischen Machtdemonstration zu werten. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Islamisten sogar an der Universität Hamburg studieren, da die Generation Islam einen Screenshot der Stinemail postete, die nur Studenten erhalten. Auch die Schura hatte Zugriff auf diese Stinemail, verfügt also möglicherweise auch über Sympathisanten an der Uni Hamburg.

### Fazit

Insgesamt jedoch ist die Veranstaltung, von der Diskussionsrunde abgesehen, als sehr erfolgreich zu betrachten. Es lohnt sich Schmalles Vortrag zu hören und viele Zuhörer freuten sich, dass er stattfand. Insbesondere säkulare Muslime vom Verein Säkularer Islam, Juden, Alevitinnen, Kurden, Exiliranerinnen, LGBTQ-Menschen und Hamburger Politikerinnen, die für Menschenrechte statt falsch verstandener religiöser Toleranz eintreten, bedankten sich bei Schmalles und den Veranstaltern. Die Konfliktlinie „AstA versus ‚die‘ Muslime“, die später ein taz-Artikel in der Überschrift suggerierte, spiegelt in keiner Weise die Realität des Vortrags wider. Die tatsächlichen Fronten im Kampf gegen den Islamismus zu sehen, ist wichtig, damit die politische Linke nicht diejenigen verrät, die von einer üblen reaktionären Bewegung verfolgt werden.

Für die Linke wird es auch entscheidend sein, genau zu erkennen, wie Islamisten den Rassismusbegriff benutzen, um jede linke Kritik abzuwehren und reaktionäre bis faschistische Politik zu verteidigen. Islamisten aller Couleur arbeiten gegen Feminismus, Säkularismus, linke Gesellschaftskritik, individuelle Freiheit und die freie Rede. Für zukünftige Veranstaltungen braucht es gut durchdachte antifaschistische Sicherheitskonzepte. Man muss vom Hausrecht Gebrauch machen, Störer entfernen und darf den Hetzern nicht die Diskussion überlassen. Der AstA äußerte: „Wir werden weiterhin die Auseinandersetzung zum Thema Islamismus suchen und setzen dabei auf die Unterstützung durch Student\*innen und die Universität.“ Keinen Zentimeter Zugeständnisse an Islamisten an der Uni Hamburg!



#### Berichterstattung über den Vorfall

AstA Uni Hamburg:

Nach wiederholten islamistischen Drohungen sehen wir die Wissenschaftsfreiheit an der Universität Hamburg bedroht. Dies muss endlich ein Ende haben!, 5.12.2022, URL: [asta-uuh.de/1-aktuelles/01-asta-news/2022-12-05-pressemitteilung.html](https://asta-uuh.de/1-aktuelles/01-asta-news/2022-12-05-pressemitteilung.html).

Gernot Knödler: Asta warnt vor Islamisten, in: taz 8.12.2022, URL: [taz.de/Muslime-ruegen-pauschale-Islamkritik/!5897086/](https://taz.de/Muslime-ruegen-pauschale-Islamkritik/!5897086/).

<sup>1</sup> [esg-hamburg.de/event/esg-treffpunkt-antimuslimischer-rassismus](https://esg-hamburg.de/event/esg-treffpunkt-antimuslimischer-rassismus)

# Die Revolution der iranischen Frauen nach Hamburg tragen:

*Verein Säkularer Islam und  
International Women in Power*



## Islamisches Zentrum schließen!

Nach außen präsentiert sich das Islamische Zentrum Hamburg gern moderat und möchte sich beim Tag der offenen Moschee einen weltoffenen Anstrich geben. Tatsächlich ist das IZH ein verlängerter Arm des iranischen Mullah-Regimes. Es dient dazu, seine antidemokratische und menschenrechtsfeindliche Ideologie zu exportieren. Der Leiter wird direkt aus dem Iran entsandt. Nach Einschätzung der Bundesregierung ist das IZH für die Islamische Republik Iran „eines ihrer wichtigsten Propagandazentren in Europa“. Es steht bereits seit fast 30 Jahren unter Beobachtung des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz und wird vom Bundesinnenministerium als extremistisch eingestuft.

Das IZH zählte immer wieder zu den Organisatoren der antisemitischen Demonstrationen zum „Al-Quds-Tag“ in Berlin, die die Vernichtung Israels fordern. Im Januar 2020 hat das IZH Trauerfeiern für den getöteten Top-Terroristen Qasem Soleimani ausgerichtet. Zugleich spioniert das Islamische Zentrum oppositionelle Exiliraner\*innen in ganz Europa aus und schüchtert sie ein. Die Religionswächter des IZH fordern auch, dass bereits neunjährige Mädchen das Kopftuch tragen.

Heute begehren die Menschen im Iran gegen die Mullah-Diktatur auf. Symbolfigur ist die 22-jährige Zhina Mahsa Amini, die im Namen der islamischen Gesetze (Scharia) ermordet wurde. Weil sie das Kopftuch angeblich nicht korrekt getragen hat, ist sie am 16.9. in Teheran von Religionswächtern erschlagen worden. Im Iran wird seitdem gegen die islamische Religionsdiktatur demonstriert. Die Reaktionen des Staates darauf sind tödlich.

Die aktuellen Proteste im Iran prangern die islamische Diktatur an, die das IZH unterstützt.

Wir setzen uns für Frieden, Freiheit und die weltweite Achtung der Menschenrechte ein. Sie gelten für alle Menschen, unabhängig von ihrer Religion, Hautfarbe oder sexuellen Orientierung.

Auf die Frage, warum für das IZH trotz Propaganda für massive, mit dem Islam begründete Menschenrechtsverletzungen ein anderer Maßstab gilt, bleiben die Verantwortlichen in Hamburg bisher eine Antwort schuldig.

Wir begrüßen es, dass Politikerinnen und Politiker in Hamburg ihre Unterstützung für die Proteste äußern und das IZH kein Teil der Staatsverträge mehr ist. Die Diskussion um das IZH darf durch seinen Austritt aus der Schura nicht erstickt werden. Die Gefahr bleibt bestehen, wenn das IZH weiter frei agieren kann.

### Wir fordern von Hamburg:

- die Blaue Moschee (= Islamisches Zentrum Hamburg) zu schließen und die Verbreitung von Propaganda durch das Islamische Zentrum Hamburg in Europa zu stoppen
- den Staatsvertrag mit den orthodoxen islamischen Verbänden umgehend zu beenden, insbesondere mit der Schura, da sie selbst nach dem Austritt des IZH noch erklärte, dass sie „dem IZH für den weiteren Weg und Orientierung alles Gute“ wünsche und mit ihrer Expertise „auch nach dem Austritt geschwisterlich zur Verfügung“ stehe.
- die unmissverständliche Distanzierung aller Hamburger Moscheen von der Scharia, denn sie ist „inkompatibel mit den fundamentalen Prinzipien in der Demokratie“ (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte)
- Staat und Religion in Hamburg konsequent zu trennen



Informiert euch über den Kampf  
gegen den Islamismus!

[www.vsi-hh.de](http://www.vsi-hh.de)

[www.internationalwomenpower.com](http://www.internationalwomenpower.com)

# Debatte: Universität im Kapitalismus

**Anmerkung der NC-Redaktion:** In dieser Rubrik möchten wir einer Debatte über die Rolle der Universität in den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen Raum geben.

Wir gehen davon aus, dass kritische studentische Praxis an der Hochschule einer theoretischen Grundlage bedarf: Inwieweit und wie genau bestimmt die kapitalistische Produktionsweise universitäre Forschung und Lehre? Welchen Zwecken dienen beide in dieser Gesellschaft – und auf welche Weise tun sie das? Können universitäre Forschung und Lehre Kritik an den herrschenden Verhältnissen befördern, kommt der Universität als Institution auch ein emanzipatorisches Potenzial zu? Diese und ähnliche Fragen sollen in dieser Rubrik diskutiert werden. Durch den argumentativen Austausch verschiedener Ansichten soll einer Klärung des Verhältnisses von Universität und Kapitalismus Vorschub geleistet werden.

Wir freuen uns über weitere Beiträge zur Debatte!  
Wenn ihr euch beteiligen möchtet, schreibt eine Mail an:  
[new.critique@asta.uni-hamburg.de](mailto:new.critique@asta.uni-hamburg.de)

## Die Uni dem Kapital ‚entreißen‘?

*Eine Anti-Kritik von  
Heiko Vollmann, Hannover*

In der ‚new critique‘ #1 erschien ein Artikel von Armin Mandelzweig unter dem Titel ‚Die Universität des Kapitals‘, der von einem Vortrag angeregt worden war, den ich selbst am 5.5.2015 unter dem Titel ‚Die Freiheit der Wissenschaft‘ an der Uni Hamburg gehalten hatte.<sup>1</sup> Auf Armins Artikel haben die Marxistischen Studierenden Hamburg (im folgenden MSH) in der new critique #2 mit einer Replik unter dem Titel ‚Die Universität dem Kapital entreißen‘ reagiert. Da ich mich sowohl an der **Form** als am **Inhalt** dieser Replik störe, folgt hier meine Anti-Kritik.

Zunächst zur **Form**. Die MSH schreiben: „Der Schwerpunkt in Armin Mandelzweigs Artikel liegt vor allem auf Theorie, aber einen Vorschlag für eine konkrete Praxis vermissen wir schmerzlich.“ Das „aber“ ist unsinnig; die MSH hätten nach dem ersten Hauptsatz einen Punkt und die Fortsetzung als neuen Satz setzen müssen, denn das Bedürfnis der MSH nach einem Praxistext wollte Armin Mandelzweig gar nicht erfüllen, taugt also auch nicht zum Einspruch gegen ihn. Sein Artikel war in der Tat ein Theorietext, also einer, der einen Gegenstand *erklärt* und ihn vermittels dieser Erklärung *kritisiert*. Die MSH haben unter dem Vorwand, eine Replik abzugeben, tatsächlich einen ganz *anderen Gegenstand* aufgemacht und es nicht der Mühe für wert befunden, sich inhaltlich auf die Argumente Armin Mandelzweigs einzulassen. Der Vorwurf, den sie Armin machen, besteht schlicht darin, er habe nicht über das geschrieben, worüber sie selbst gern schreiben wollten. Man kennt diese Masche aus bürgerlichen Diskursen, z. B. aus TV-Talkshows oder Radio-Interviews, in denen Politiker, statt miteinander oder mit den Interviewern einen Streit von Argumenten auszutragen, lediglich ihre vorbereiteten Statements abgeben und zu diesem Behufe einander gegenseitig ins Wort fallen mit Phrasen wie „Das mag ja richtig sein, Frau Kollegin/Herr Kollege, aber mir fehlt bei dem, was Sie sagen, folgendes...“ – wobei die anfänglich geäußerte Zustimmung lediglich als rhetorische Floskel fungiert, die, zusammen mit dem folgenden „aber“, denselben Gehalt hat wie: „Auf das, was Sie sagen, scheiße ich. Und jetzt zu meinem Anliegen...“.

Die MSH haben unter dem Vorwand, eine Replik abzugeben, tatsächlich einen ganz anderen Gegenstand aufgemacht. Der Vorwurf, den sie Armin machen, besteht schlicht darin, er habe nicht über das geschrieben, worüber sie selbst gern schreiben wollten.

Einige Zeilen später werfen die MSH Armin vor: „Die Kritik des Bestehenden überwiegt völlig[,] und es bleibt unklar, wie wir die Misere denn nun überwinden.“ Dabei kann jeder, der Armins Artikel aufmerksam liest, diese Frage sehr klar beantworten: Die Misere ist der Kapitalismus selbst; die Universität erfüllt für diesen und seine Reproduktion bestimmte notwendige Funktionen; sie ist also selber eine miserable Institution; also besteht die Überwindung der miserablen bürgerlichen Universität in der Abschaffung des Kapitalismus. Nur unter dieser Bedingung kann ein vernünftiger öffentlicher Bildungsbetrieb eingerichtet werden, der dann tatsächlich den Zweck hat, das Wohl der Menschen zu befördern. Womit wir beim **Inhalt** wären.

Das Anliegen von Armins Text wird von den MSH grob verzerrt, wenn sie schreiben: „Der Artikel richtet sich gegen die Behauptung, dass, wenn die Universitäten mehr Geld zur Verfügung hätten, diese eine kritische Wissenschaft betreiben würden. (...) Sehr richtig stellt Armin dar, dass die Universität von sich aus keine kritischen Geister erzeugt, sondern sogar [sic!] ideologisch den Kapitalismus verteidigt.“ Armins Artikel richtet sich tatsächlich nur am Rande gegen illusionäre Hoffnungen in die emanzipatorischen Potenzen universitärer Wissenschaft. In der Hauptsache *erklärt* er, wie und wodurch die bürgerliche Universität dem Kapital dient, indem an ihr *korrekte* Natur- und Ingenieurwissenschaft betrieben wird, die dem Zweck beschleunigter Akkumulation des Kapitals dient, indem sie durch die Erforschung neuartiger Produktionsmittel und -materialien die permanente Steigerung der

### Übersicht: Bisherige Debatten-Beiträge

In **new critique #1** erschien der Artikel „Die Universität des Kapitals“ von Armin Mandelzweig. In ihm wurde argumentiert, dass die staatlich organisierte universitäre Forschung und Lehre dem Bedürfnis des Kapitals entspricht, profitabel anwendbare Forschungsergebnisse sowie wissenschaftlich ausgebildete Arbeitskräfte zu erhalten. Der Artikel schloss mit der Feststellung, dass wissenschaftliche Kritik an den Verhältnissen notwendig sei, aber außerhalb der Universitäten betrieben werden müsse. Auch weitere Beiträge der Ausgabe kreisten – unter verschiedenen Gesichtspunkten – rund um das Themenfeld „Universität im Kapitalismus“.

In der **new critique #2** veröffentlichten die Marxistischen Studierenden Hamburg die Replik „Die Universität dem Kapital entreißen“. Sie signalisierten Zustimmung zur These, dass Universitäten „integraler Bestandteil der herrschenden Verhältnisse“ seien, bemängelten aber an dem vorangegangenen Artikel das Fehlen von Praxisvorschlägen. Sie entwarfen im Folgenden ein Programm, welches den Kampf um bessere Studienbedingungen ins Zentrum kapitalismuskritischer Bestrebungen an Hochschulen rückte.

In der vorliegenden **new critique #3** greift nun im Folgenden Heiko Vollmann in die bisherige Debatte ein.

Produktivkraft der Arbeit unterm Kapitalkommando und also die Steigerung der Ausbeutung ermöglicht. Dazu kommt dann noch die Ideologieproduktion in den Geistes- und Sozialwissenschaften; aber selbst, wenn es diese Ideologieproduktion an der Uni gar nicht gäbe, sondern nur in der Kirche und den Medien, wäre die Uni als Betrieb bestimmt, der vor allen anderen Interessenten dem Kapital dient. Sie leistet dies gerade dadurch, dass sie, getrennt von der Privatwirtschaft, vom Staat eingerichtet, finanziert und durch die Freiheit der Wissenschaft und das Patentrecht rechtlich reguliert wird. Auf diese zentralen Bestimmungen des Mandelzweig-Artikels gehen die MSH mit keiner Silbe ein.

Das ist kein zufälliges Versäumnis. Vielmehr strotzt der MSH-Text vor lauter schlechten Leninismen. Die ‚Marxistischen Studierenden‘ gibt es nicht nur in Hamburg, sondern an mehreren deutschen Unis. Ihr Zentralorgan ist die Zeitschrift ‚Der Funke‘, trägt also denselben Namen wie das Zentralorgan der russischen Bolschewiki zu Beginn des 20. Jh., das russisch ‚Iskra‘ hieß. Während Lenin selbst sehr wohl zu unterscheiden wusste zwischen theoretischen, d.h. wissenschaftlichen Texten, die einen Gegenstand erklären, und agitatorischen Texten, die zum praktischen Kampf mobilisieren sollen, fällt dies für Marxisten-Leninisten spätestens seit Stalin schlicht zusammen. So auch für die MSH: „Der Kampf für bessere Lebensverhältnisse – und dazu gehören bessere Studienbedingungen – sollte für Marxisten keine sekundäre Rolle spielen. Dieser Kampf ist die Praxis, wie wir Menschen von der Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus überzeugen. Man muss im praktischen Kampf mitwirken und die Menschen von der ‚Überlegenheit‘ der eigenen Theorie überzeugen, indem sie sich in der Praxis als ‚überlegen‘ herausstellen [sic!]. (...) Dafür brauchen wir ein ‚positives Aktionsprogramm‘ und keine reine negative Kritik.“

Betreffs praktischer Kämpfe mag man ja von ‚Überlegenheit‘ sprechen, zumal wenn es um die der Waffen geht. In der Theorie bzw. der Wissenschaft geht es um ‚richtig‘ oder ‚falsch‘, ‚stimmt‘ oder ‚stimmt nicht‘. Eine Theorie ist – wenn sie wissenschaftlich verfährt, also in Begriffen, Urteilen und Schlüssen das Allgemeine und Notwendige an ihrem Gegenstand erfasst – die Erkenntnis dieses Gegenstands, die Sache, wie sie im Gedanken gesetzt ist. Sie ist keine „Methode“, liebe MSH, mit der man an die Welt herantritt, um sie sich geistig nach vorgefertigten Rezepten zurechtzul(u)egen. ‚Überzeugt‘

von der Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus ist derjenige, der die wissenschaftliche Erklärung des Kapitalismus und damit seine verbindliche Kritik eingesehen hat. Ganz bestimmt *nicht* folgt diese Einsicht aus irgendwelchen *reformistischen Kämpfen*, sei es nun der Lohnkampf oder der Kampf um eine Demokratisierung der Hochschulen. Sie folgt auch nicht aus *revolutionären Kämpfen*, die erstens, wenn sie jemals zielführend sein sollen, die theoretische Erklärung der Zwänge, gegen die man sich wehrt, *voraussetzen*, und zweitens bisher stets noch verloren worden sind – soviel zur Überlegenheit.<sup>2</sup>

Richtig ist, dass die theoretische Kritik einer Sache noch lange kein Programm zu ihrer Zerstörung ist. Aber ist die Kritik einmal geliefert, dann gehört die Sache auch zerstört. Statt praktische Schritte zur Zerstörung des Kapitalismus vorzuschlagen, plädieren die MSH jedoch für lauter reformistische Änderungen *an* ihm und *in* ihm, und benennen GEW und ver.di sowie die LINKE als diejenigen Massenorganisationen, die für Verbesserungen des Bildungsbetriebs zuständig seien und deren Programm es zu ‚radikalisieren‘ gelte, als sei dies bereits der Einstieg in die Revolution.

Die MSH schreiben, „dass der bürgerliche Staat letztlich [!] die Interessen der Reichen vertritt“, und fallen damit theoretisch weit hinter den Mandelzweig-Artikel zurück, der nicht nur viele einzelne Reiche, sondern das gesellschaftliche Gesamtkapital und seinen politischen Sachwalter, den Staat, als Nutznießer bestimmt und präzise die Mittel benennt, mittels derer dieser Nutzen erzeugt wird. Als Gegenmittel bestimmen die MSH den vollständigen Übergang des Bildungswesens in die „öffentliche Hand“ – was ja wohl zurzeit nichts anderes ist als der *Staat*. Alternativ zur Staatslenkung plädieren die MSH dann für „eine demokratische Kontrolle des Bildungswesens durch Komitees von gewählten Vertretern der Lehrenden, der Studierenden und des Personals der Universitäten“, um dadurch die Uni dem Kapital zu „entreißen“ – ohne die Frage zu beantworten, wie diese Komitees ohne Revolution sich auch der Hochschulgesetzgebung und der Alimentierung der Unis bemächtigen sollen. Es brauche eine „Ausbildungs- und Einstellungsoffensive für mehr qualifiziertes Lehrpersonal“. Diese Offensive soll es ermöglichen, „alle Studierende ihren Bedürfnissen entsprechend zu fördern“ – was nicht gerade ein revolutionäres Anliegen darstellt, wenn man bedenkt, dass es gegenwärtig

Ihr „positives Aktionsprogramm“ besteht darin, die bürgerliche Uni besser zu finanzieren und rätedemokratisch zu verwalten, um sie damit „den Reichen“ zu entreißen und dem Volk zu schenken, damit es mit ihr nach seinen – vermeintlich revolutionären, de facto jedoch kapitalistisch bestimmten – Bedürfnissen verfare.

das vordringliche Bedürfnis der riesigen Mehrheit der Studenten ist, sich an der Uni für die höheren Ränge der kapitalistischen Berufshierarchie zu qualifizieren. Die MSH ignorieren dies *Faktum* affirmativer Interessen und nehmen die verbreitete Unzufriedenheit über schlechte Studienbedingungen und Berufsaussichten als Indiz für schwelende Systemkritik. Als leninistisch geschulte Kader wollen sie sich mit ihrem „positiven Aktionsprogramm“ an die Spitze einer Bewegung stellen, die nirgends sonst als in ihren idealistischen Köpfen existiert. Statt die objektiven Interessen zu kritisieren, die Studenten *qua* Studenten im Kapitalismus haben *müssen*, unterstellen sie ihnen die Sehnsucht nach dem ganz Anderen und empfehlen sich ihnen als Führungsriege im praktischen Kampf für eine Revolution an, die kaum einer tatsächlich will.

Es stimmt schon, dass es, um den Kapitalismus abzuschaffen und den Kommunismus aufzubauen, „eine allseitig ausgebildete Menschheit“ braucht, und dass dafür viele Menschen „Marxist werden und einer revolutionären Organisation beitreten“ müssen. Die MSH scheinen sich aber mit sich selber uneins darin zu sein, ob dies nun *mit* und *in* der bürgerlichen Universität oder *gegen* sie errungen werden kann, und plädieren für dem *status quo* anschließbare Reformmaßnahmen als vermeintliche erste Schritte zur Revolution. Ihr ‚positiver‘ Aktionismus ist „die Frucht jenes falschen und platten Radikalismus, der die Voraussetzungen annimmt, die Schlußfolgerungen aber umgehn möchte“.<sup>3</sup>

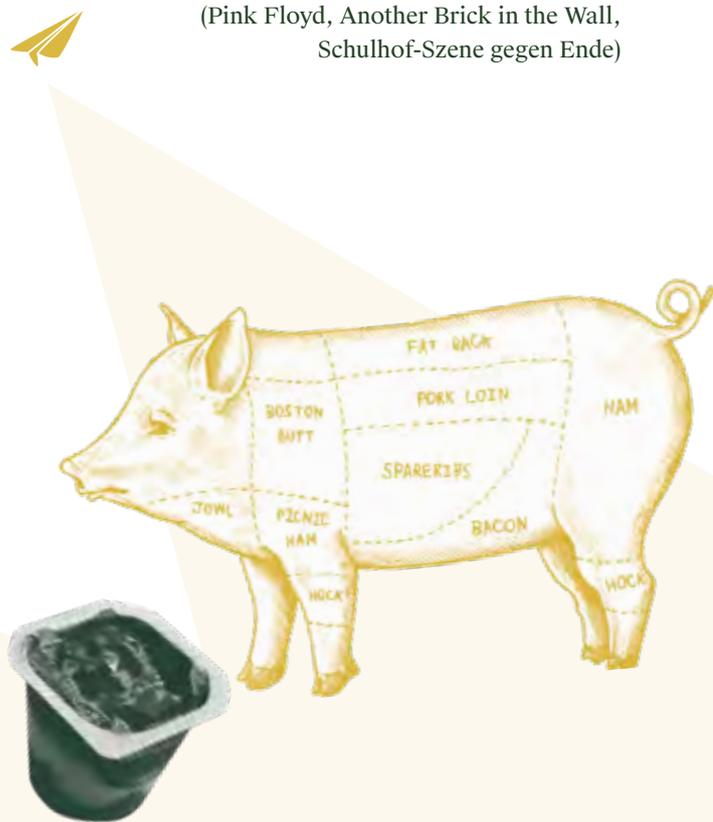
Außer einigem Arbeiterbewegungspathos sowie etlichen falschen Urteilen über das Verhältnis von Theorie und Praxis, Erkenntnis und Erfahrung, Revolution und Reform hat der Artikel der MSH nicht viel zu bieten. Ihr „positives Aktionsprogramm“ besteht darin, die bürgerliche Uni besser zu finanzieren und rätedemokratisch zu verwalten, um sie damit „den Reichen“ zu entreißen und dem Volk zu schenken, damit es mit ihr nach seinen – vermeintlich revolutionären, *de facto* jedoch kapitalistisch bestimmten – Bedürfnissen verfare. Selbst dieses teils stockaffirmative, teils illusionäre Programm müsste seine ‚Überlegenheit‘ in der Realität dann aber immer noch an einigen praktischen Prüfsteinen erweisen:

Werden die Studenten, Dozenten und Angestellten der Uni mit ihrer bürgerlichen Bildung und ihren bürgerlichen Interessen die Uni marxistisch revolutionieren, falls Staat und Kapital sie sich überhaupt ‚entreißen‘ lassen? Falls beides ja, wird der bürgerliche Staat die von ihnen vindizierte Uni dann weiterhin finanzieren, oder müssen das die jobbenden Studis und ihre Eltern tun? Wird der Staat seine Gesetzgebung, die den Laden bisher reguliert, einfach aufgeben und ihnen gestatten, eine staatsunabhängige Gelehrtenrepublik einzurichten? Wird an der Uni dann nicht mehr vornehmlich fürs Erwerbsleben ausgebildet, sondern für den revolutionären Kampf? Ach ja, und was die historischen Erfahrungen angeht, aus denen man angeblich so viel lernt: Gab es Euer Programm nicht bereits 1968? Und was wurde daraus?

Die MSH zitieren am Schluss Engels: „The proof of the pudding is in the eating.“ Fürwahr, was sie uns servieren, ist ein theoretisch wenig gehaltvoller und praktisch ungenießbarer Pudding. Es fehlt dem Artikel, so to speak, an theoretischem Fleisch. Auch wenn's nicht ganz passt als rhetorische Replik (die MSH-Replik auf Armin Mandelzweig passt viel weniger):

„If you don't eat yer meat, you can't have any pudding.  
How can you have any pudding if you don't eat yer meat?“

(Pink Floyd, Another Brick in the Wall,  
Schulhof-Szene gegen Ende)



- 1 Nachzuhören unter <https://archive.org/details/FreiheitDerWissenschaft-kapitalkritik>.
- 2 Die Bolschewiki waren mit ihrer *Oktoberrevolution* 1917 siegreich und schafften während des *Kriegskommunismus* 1918-22 tatsächlich den Kapitalismus in Russland ab. Das politisch-ökonomische System, das sie danach einrichteten, war allerdings nicht der von Marx ersehnte ‚Verein freier Menschen‘ sondern eine neue Form der Ausbeutung der Massen für die Machtentfaltung des Staates, und in Sachen Machtentfaltung erwies sich der Kapitalismus langfristig als ertragreicher. Zum Problem des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Kommunismus und zur Kritik der Sowjetunion vgl. den Vortrag ‚Kapitalismus Kommune Übergangsgesellschaft‘ (PDF und Audio) unter <https://archive.org/details/@kapitalkritik>
- 3 Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, MEW 16, S. 131.

# Arbeit & Kultur III

Die Journalistin Annika Brockschmidt hat ein Buch über religiöse Rechte in den USA geschrieben. Mithilfe von Zahlen, Daten und Fakten zeichnet sie das Bild einer dystopischen Gesellschaft. Doch leider verpasst sie die Gelegenheit einer kritischen Analyse, weil sie die Phänomene, die sie beschreibt, nicht in einen systematischen Kontext stellt. So fehlt ihrer Analyse nicht nur das grundlegende Problem, sondern auch die Möglichkeit, es zu lösen.

*Von Tosca & Anton*



## **Rezension zu Amerikas Gotteskrieger – Wie die Religiöse Rechte die Demokratie gefährdet.**

## Failed State USA

Washington, das Herz der Macht in den USA, wird von rechten und religiösen Politiker:innen geleitet, die faschistischen Ideen nacheifern.<sup>1</sup> Eine nach Hitlers Idealen geführte Geheimorganisation gläubiger Christen namens „The Family“ schmiedet Bündnisse zwischen US-amerikanischen Abgeordneten und Diktatoren aus aller Welt. Evangelikale Christ:innen rufen im Fernsehen zum bewaffneten Kampf gegen Ungläubige auf und die Republikanische Partei arbeitet daran, Gesetze in Bundesstaaten zu verändern, damit sie den nächsten Präsidenten stellen kann, ohne über eine Mehrheit zu verfügen.<sup>2</sup> Annika Brockschmidt reiht Tatsachen dieser Art aneinander, um nachzuweisen, dass die bürgerliche Demokratie in den USA in Gefahr ist. Ein Bund aus Neoliberalen und christlichen Fundamentalist:innen hat sich zusammengerottet, um die Macht im Land zu übernehmen und Minderheiten zu terrorisieren. Brockschmidts Recherchen bestätigen, was wiederkehrende Berichte von rassistischer Gewalt durch Polizist:innen, rechten Terroranschlägen in Schulen und queerfeindlichen Massakern andeuten: Die USA sind – gemessen an Menschlichkeit und Vernunft – ein gescheiterter Staat.

Ein Bund aus Neoliberalen und christlichen Fundamentalist:innen hat sich zusammengerottet, um die Macht im Land zu übernehmen und Minderheiten zu terrorisieren

## Making a list and checking it twice

„Amerikas Gotteskrieger“ ist das Nachschlagewerk, in dem sich Leser:innen informieren können, welche politischen und medialen Akteur:innen in den letzten Jahren besonders *naughty or nice* gewesen sind. Brockschmidt bildet dabei ab, wie die republikanische Partei in den letzten Jahrzehnten zum politischen Arm des US-amerikanischen Klerikalfaschismus geworden ist. Doch ihre Analyse, dass dieser Entwicklung ursprünglich rassistische Motive zugrunde liegen,<sup>3</sup> ist fragwürdig: bitten Sie eine liberale Expertin darum zu erklären, warum Wähler:innen der Republikanischen Partei, Evangelikale und Abtreibungsgegner:innen sich für demokratiefeindliche und menschenverachtende Politik einsetzen, so wird sie sagen, dass nur der Rassismus daran schuld ist.<sup>4</sup> Das erkannte der amerikanische Publizist Thomas Frank bereits 2004. Dagegen hält er, dass nicht der Rassismus, sondern der Antiintellektualismus der ideologische Kit ist, der die verschiedenen Akteur:innen des US-amerikanischen Faschismus verbindet: „Jeder Aspekt des Backlash-Albtraums [wie Frank diesen Zusammenschluss nennt] weist in dieselbe Richtung. Überhebliche Akademiker, die den ungewaschenen und ungebildeten Pöbel verachten, zwingen ihre fachmännischen (das heißt liberalen) Ansichten einer Welt auf, die darauf nicht reagieren darf.“<sup>5</sup> Die von Annika Brockschmidt beschriebene religiöse Rechte richtet sich laut Frank gegen eine als künstlich wahrgenommene vermeintlich elitäre Kultur, die in Wahrheit nicht existiert: „Worunter wir leiden, ist nicht das Joch einer Abstraktion wie der Marktkräfte, sind nicht Menschen aus Fleisch und Blut wie Chefs oder Eigentümer. Nein, es sind die Intellektuellen, die das Sagen haben, Leute mit Studienabschlüssen und Karrieren im Staatsdienst, in der Welt der Wissenschaft, des Rechts und der akademischen Berufe.“<sup>6</sup> Diese Wahnvorstellung, von einer kleinen liberalen Elite knüpft an die antisemitische Verschwörungserzählung vom Kulturmarxismus an, die seit dem Kalten Krieg zum Jargon der US-Republikaner:innen gehört. Rechte Kulturpolitik läuft im Kern auf Gegenaufklärung hinaus, in die Antikommunismus und Antisemitismus ebenso eingepreist sind wie Rassismus, Sexismus, Esoterik und Nationalismus. Der Backlash ist ein Instrument, das systemkritische Impulse auf falsche Ziele umlenkt und dadurch entschärft.

## Die alte Leier

Der Analyse von Brockschmidt liegt eine Überhöhung der Gegensätze zwischen Faschismus und bürgerlichem Liberalismus zugrunde. Es stimmt, dass diese Lager sich in kulturellen und moralischen Fragen nicht einig und häufig auch verfeindet sind, doch zur Wahrheit gehört, dass sie in wirtschaftspolitischer Hinsicht (beispielsweise Republikaner:innen und Demokrat:innen) nahezu identisch sind. Liest man „Amerikas Gotteskrieger“, so gewinnt man den Eindruck, dass man sich nur auf die Seite der liberalen oder die der konservativen Kapitalist:innen stellen kann: „(...) die wichtigste Übereinstimmung zwischen dem Backlash und der Mainstream Kultur besteht darin, dass beide es ablehnen, kritisch über den Kapitalismus nachzudenken.“<sup>7</sup> Der Kapitalismus als ökonomisches System wird auf diese Weise naturalisiert. Der Backlash wird von der herrschenden Klasse instrumentalisiert, um politische Debatten über jeden noch so kleinen kulturellen oder politischen Fortschritt zu führen und damit von dem Wirtschaftssystem abzulenken, das die meisten Menschen täglich ärmer und kränker macht. Kritik am ohnehin Bestehenden wird ewig aufgeschoben, solange sie nicht die wirtschaftlichen Grundlagen von all dem in Frage stellen, dürfen alle ihrer Wut und ihren autoritären Impulsen freien Lauf lassen: „Die Ausblendung des Wirtschaftlichen ist eine notwendige Vorbedingung der meisten reaktionären Ideen. (...) Dass die Konservativen die Ökonomie als einen Bereich abtrennen können, der mit der Politik überhaupt nichts zu tun hat, ist nur dadurch möglich, dass dieselben Nachrichtenmedien, über deren ‚liberale Voreingenommenheit‘ sie so gerne herziehen, genau diese Abtrennung seit langem als Grundlage des professionellen Journalismus akzeptiert haben.“<sup>8</sup>

## Teil des Schiffs, Teil der Crew!

Obwohl Brockschmidt richtige Beobachtungen aufzählt, blendet sie Ökonomisches größtenteils aus. Dass die Wirtschaftspolitik von Biden und Trump sich kaum unterscheidet, spielt für sie keine Rolle. Deshalb fehlt ihr eine klassenkämpferische Perspektive und damit auch eine Erklärungsgrundlage für die rechte Allianz, die sie beschreibt. Während der Empörung über den Kulturkampf von rechts verliert sie dessen wirtschaftliche Grundlage aus den Augen. In dieser Hinsicht ist „Amerikas Gotteskrieger“ eine kulturindustrielle Instanz, die kaum über moralische Empörung hinausgeht und dadurch verschleiert, was laut Thomas Frank die Fundamentalste aller wirtschaftlichen Realitäten ist: „(...) dass die Sender und Filmstudios und Werbeagenturen und Verlage und Plattenmarken tatsächlich kommerzielle Unternehmen sind.“ Eine Wahrheit, die bereits Adorno ausdrückte: „Was die Kulturindustrie ausheckt, sind keine Anweisungen zum seligen Leben und auch keine neue Kunst moralischer Verantwortung, sondern Ermahnungen, dem zu parieren, wohin die mächtigsten Interessen stehen. Das Einverständnis was sie propagiert, verstärkt blinde, unerhellte Autorität.“<sup>9</sup> Obwohl der Kampf gegen den Faschismus keine rein ökonomische Frage ist, muss Brockschmidt sich diesen Vorwurf gefallen lassen.

Liest man „Amerikas Gotteskrieger“, so gewinnt man den Eindruck, dass man sich nur auf die Seite der liberalen oder die der konservativen Kapitalist:innen stellen kann:

## Querfronten und Querdenken

Der Backlash wird angetrieben dadurch, Wut in Menschen zu entfachen und sie auf Dinge zu richten, die ihnen nicht wirklich schaden. Dadurch werden Lohnabhängige von der Ursache ihrer Probleme abgelenkt: dem Kapitalismus. In Deutschland – und hier liegt Annika Brockschmidt richtig – wird der spirituelle Arm der faschistischen Bewegung von Anthroposoph:innen und Querdenker:innen gebildet. Eine Allianz, die schon den Nationalsozialist:innen in Deutschland genutzt hat, bis Waldorfschulen und die Lehren Rudolf Steiners verboten wurden, da sie gegenüber dem Faschismus eine zu starke ideologische Konkurrenz darstellen.<sup>10</sup> Reaktionäre Parteien wie die CDU und die FDP gehen nach wie vor in diesem Milieu auf Stimmenfang und arbeiten an einer deutschen Version des Backlash. Stück für Stück übernehmen sie die Themen des US-amerikanischen Klerikal-faschismus. Das Bündnis aus Kapitalist:innen und christlichen Faschist:innen zielt auch hier darauf ab, anschlussfähig an den bürgerlichen Liberalismus zu bleiben und strebt so danach, die ökonomische Herrschaft zu erhalten. In diesem Punkt stehen sich diese Gruppen gegenseitig näher als jeder kommunistischen Tendenz.

## Kultur & Klasse

„Amerikas Gotteskrieger“ beschreibt reale Missstände, erklärt sie aber nicht. Brockschmidt sieht, dass der Backlash ein Zusammenschluss ist, der mehr als ein faschistisches Element enthält. Aber ihr entgeht die ökonomische Grundlage und der Antiintellektualismus als verbindende Faktoren. In Wahrheit vertritt Amerikas religiöse Rechte einen aufgewärmten Antikommunismus, der Kulturkampf mit Klassenkampf von oben verbindet. Die Leerstelle, die Brockschmidts Analyse in der Ökonomie hat, ist anschlussfähig an Verschwörungsmysmen, weil sie Raum dafür lässt, sich Gründe für ökonomische Probleme einfach auszudenken. Und weil Brockschmidt die religiöse Rechte in den USA nicht als primär antiintellektuell analysiert, verpasst sie es, den antisemitischen Mythos des Kulturmarxismus als den ideologischen Kern zu erkennen, mit dessen Hilfe der Backlash vorangetrieben wird. So lässt sich heute sagen, was Marx und Engels im Manifest der kommunistischen Partei schrieben: „Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommunistisch verschrien worden wäre, wo die Oppositionspartei, die den fortgeschrittenen Oppositionsleuten sowohl wie ihren reaktionären Gegnern den brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus nicht zurückgeschleudert hätte?“<sup>11</sup> Denn so realitätsfern die Thesen des Backlash sind, so nützlich sind sie als Rechtfertigung, um sich mit Faschist:innen gegen die vermeintliche kommunistische Bedrohungen zusammenzuschließen. (Bewertung: 2,5 von 5 Kreuzen)



In Deutschland – und hier liegt Annika Brockschmidt richtig – wird der spirituelle Arm der faschistischen Bewegung von Anthroposoph:innen und Querdenker:innen gebildet.

In Wahrheit vertritt Amerikas religiöse Rechte einen aufgewärmten Antikommunismus, der Kulturkampf mit Klassenkampf von oben verbindet.

Für eine weiterführende Beschäftigung mit dem Thema sind neben den Büchern von Brockschmidt und Thomas Frank auch „Über alles in der Welt – Esoterik und Leitkultur“ von Claudia Barth, die Netflix Dokureihe „The Family“ und Brockschmidts Podcast „Kreuz und Flagge“ zu empfehlen.

- 1 Vgl. Brockschmidt, Annika; Amerikas Gotteskrieger: Wie die Religiöse Rechte die Demokratie gefährdet. Rowohlt. Hamburg, 2021. S. 248.
- 2 Vgl. ebd. S. 350.
- 3 S. 226
- 4 Frank, Thomas: Was ist mit Kansas los? Wie die Konservativen das Herz von Amerika eroberten. Berlin Verlag 2005. S. 184.
- 5 Ebd. S.205.
- 6 Ebd. S.196.
- 7 Ebd. S.248.
- 8 Ebd. S.132 – 133.
- 9 Adorno, Theodor W.; Resume über die Kulturindustrie. Ohne Leitbild S. 344.
- 10 Barth, Claudia; Über alles in der Welt: Esoterik und Leitkultur. Alibri Verlag. Aschaffenburg, 2006 S. 90.
- 11 Engels, Friedrich; Marx, Karl: Manifest der kommunistischen Partei. Reclam, Stuttgart 1981. S. 23.

## Impressum

New Critique  
– Zeitschrift für und wider Vol. 3

Verein »New Critique« im Januar 2023  
Von-Melle-Park 5, 20146 Hamburg

Layout: Gegenfeuer  
– Büro für politische Gestaltung, [gegenfeuer.net](http://gegenfeuer.net)

»New Critique – Zeitschrift für und wider« wird  
durch den Verein »New Critique« in Kooperation mit  
dem AStA der Universität Hamburg herausgeben.

Bildnachweis:

Pexels: Ivan Samkov (Cover),  
Iconcom (S. 20/ 21), Justus Menke (S. 22)  
AdobeStock: (S. 42) Pxfuel: (S. 10/ 221),  
Rawpixel: (S. 4/ 8/ 10/ 18 / 32/ 35)  
Wikimedia: Pierre Markuse (S.15)



**New Critique ist eine Zeitschrift Für & Wider  
– für eine konsequente Kritik des Bestehenden und  
wider den reaktionären Schwachsinn.**

Der Name »New Critique« versteht sich als Hommage an die Theoriezeitschrift „neue kritik“, welche von 1960 bis 1970 durch den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) herausgegeben wurde. Ähnlich wie der SDS zu Zeiten der Studierendenbewegung haben wir das Ziel, theoretischen und praktischen Debatten Raum und Gehör zu verschaffen. Die Zustände, die uns als Studierenden an der Universität entgegentreten, stehen hierbei im Fokus unserer Publikationstätigkeit.

Das Kürzel unserer Zeitung – „NC“ – verweist zugleich auf universitäre Verhältnisse, die wir kritisieren: Der NC als „Numerus Clausus“ schließt systematisch unzählige Studienbewerber:innen – insbesondere aus unteren sozialen Schichten – vom Zugang zu Bildung und Wissenschaft aus. Einen universitären Betrieb, der gegenwärtig also nicht vernünftig eingerichtet ist und dennoch einen wissenschaftlichen Selbstanspruch hat, nehmen wir als Ausgangspunkt für umfassende Gesellschaftskritik.

**Nachdem in den ersten Ausgaben die Rolle der Universität im Kapitalismus beleuchtet wurde und wir das Verhältnis von Psyche und Gesellschaft analysiert haben, beschäftigt sich diese Ausgabe mit Kritik an Imperialismus und Antiimperialismus. Wir versuchen, dem ungeheuren Leid des Krieges gerecht zu werden, indem wir analytisch über es hinausblicken. Das geschieht in den versammelten Texten einerseits, indem theoretisch die Ursachen von Kriegen aufgezeigt werden. Andererseits kritisieren die Texte verschiedene ideologische Auffassungen über Kriege und Imperialismus.**

Homepage: [www.nc-uhh.de](http://www.nc-uhh.de)

Mail: [new.critique@asta.uni-hamburg.de](mailto:new.critique@asta.uni-hamburg.de)

Twitter: [@nc\\_uhh](https://twitter.com/nc_uhh)

Instagram: [@nc\\_uhh](https://www.instagram.com/nc_uhh)

Facebook: [fb.com/NCUniHamburg](https://www.facebook.com/NCUniHamburg)

